

Das

Westphälische Dampfboot.

Eine Monatsschrift.

Redigirt

von

Dr. Otto Lüning.

Dritter Jahrgang.



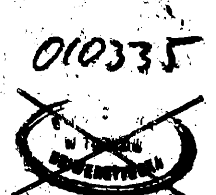
April.

Preis für den Jahrgang 2 Thlr. 15 Sgr.



Paderborn.
Druck und Verlag von W. Crüwell.
1847.




010335



Die preußischen Finanzen.

Ueber keinen Gegenstand sind wohl so verschiedene und einander widersprechende Meinungen aufgestellt, als über die Lage der preußischen Finanzen. Während die Einen von einem Staatsschatze träumten, den sie auf 18 bis 40 Millionen angaben, glaubten die Anderen, nur Geldmangel und die Nothwendigkeit einer neuen Anleihe habe das Patent vom 3. Februar hervorgerufen. Allerdings lassen die offiziellen Mittheilungen für Vermuthungen und Kombinationen einen großen Spielraum; aber nach meiner Ansicht kann eine aufmerksame Vergleichung und Zusammenstellung der verschiedenen Berichte eine so große Verschiedenheit der Meinungen, wie sie in der That besteht, doch nicht rechtfertigen.

Durch das Gesetz vom 17. Januar 1820 wurde der Finanzbedarf auf 50,863,150 Thlr. festgesetzt, und vom Könige zugleich bestimmt, „die vorstehend von ihm als Bedarf bei der laufenden Verwaltung angenommene Summe dürfe unter keiner Bedingung erhöht werden. Die Chefs der einzelnen Verwaltungen seien ihm dafür persönlich und das gesammte Staatsministerium insbesondere um so mehr verantwortlich, als die von ihm bewilligte Summe im Ganzen zu den in den bisherigen Etatsnachweisungen angegebenen Zwecken ausreichen würde." Dasselbe Gesetz bestimmte: „damit auch Jedermann von dem wahren Zustande der Finanzen des Staates vollständig unterrichtet werde, und sich überzeuge, daß nicht mehr an Abgaben gefordert werde, als das dringende Bedürfniß für die innere und äußere Sicherheit, so wie zur Erfüllung der zum wahren Vortheile und zur Erhaltung des Staats eingegangenen Verpflichtungen unumgänglich nöthig macht, so solle der bereits erwähnte Haupt-Finanz-Etat, nach erfolgter Prüfung und Feststellung ebenfalls zur öffentlichen Kenntniß kommen, und auch mit dieser Kundmachung von drei zu drei Jahren fortgefahren werden." —

Wenn auch nicht alle drei Jahre, so wurde doch von Zeit zu Zeit ein Etat der Einnahmen und Ausgaben mitgetheilt. Eine Uebersicht, wie das Gesetz sie verspricht, wird dadurch zwar nicht gewährt; man kann darnach nicht beurtheilen, ob in der That nicht mehr Abgaben gefordert

sind, als es das dringende Bedürfniß erheischte, weil dazu die Angaben viel zu allgemein sind, und sogar die Kosten, welche einige Staatsinstitute verursachen, wie die Bank, die Seehandlung, die Kreditinstitute für Schlesien und die Stiftung zur Unterstützung unverheiratheter Töchter von Beamten und Offizieren, gar nicht darin aufgeführt sind; wir sehen daraus aber wenigstens, wie sich Einnahmen und Ausgaben ungefähr gegen einander verhalten. Jene sind seit der Zeit in stetem Steigen begriffen und diese sind hinter ihnen nicht zurückgeblieben. In den Etats schließen beide Posten immer genau mit derselben Summe ab, und zwar für die Jahre, in welchen Etats veröffentlicht worden sind:

1821	mit	50,000,000	Thlr.
1829	=	50,796,000	=
1832	=	51,287,000	=
1835	=	51,740,000	=
1838	=	52,681,000	=
1841	=	55,867,000	=
1844	=	57,677,194	=

Bis zum Jahre 1829 erreichen die Einnahmen also noch nicht einmal die Höhe des im Gesetze vom 17. Jan. 1820 festgestellten Bedarfs; es läßt sich daher nicht annehmen, daß sich in den Ausgaben Ueberschüsse ergeben haben, welche zum Staatsschatze abgeführt sind, der nach demselben Gesetze aus den etwaigen Ersparnissen oder Mehreinnahmen gebildet werden sollte. Auch ergibt sich aus dem Königlichen Propositionsdekrete an die Provinzial-Landtage vom 23. Febr. 1841, „daß der Staatshaushalt bis 1826 sich in einer ungünstigen Lage befunden habe, so daß auf die Erhaltung des Kriegsmaterials die jährlich erforderlichen Verwendungen nicht hatten gemacht werden können." Die späteren Etats stellen sich nun zwar günstiger, und man muß sogar annehmen, daß die wirklichen Einnahmen die hier angeführte Summe wenigstens im zweiten und dritten Jahre immer überschritten haben; wir dürfen aber daraus nichts desto weniger keinen günstigen Schluß für den Staatsschatz ziehen, da im Etat nur die ordinairen, nicht aber die extraordinairen Ausgaben angeführt sind. Nach dem eben angeführten Propositionsdekrete beliefen sich diese bis zum Jahre 1841 auf nicht weniger als 61,000,0000 Thlr.; und zwar erforderten die kriegerischen Rüstungen von 1830—33 eine Summe von 35,399,504 Thlrn.;

ferner wurde in den 11 Jahren von $18^{30}/_{40}$ außerordentlich zum Chausseebau verwendet: . 14,943,084 Thlr.,

zu andern Bauten, namentlich zu Gefängnissen und Strafanstalten, über den Etat: . 9,640,136 Thlr.;

endlich für Meliorationen und zur Unterstützung für die durch Eisgang, Ueberschwemmungen u. s. w. herbeigeführten Zerstörungen . . . . 1,125866 Thlr.

„Diese großen außerordentlichen Ausgaben, heißt es dort, konnten aus den gewöhnlichen Einnahmen nicht bestritten und nur allmählich aus den jährlichen Ueberschüssen ersetzt werden . . . . . . Aller dieser großen Verwendungen ungeachtet ist es der weisen Sparsamkeit des Hochseligen Königs Majestät gelungen, die auf verschiedenen Wegen entnommenen Summen wieder so weit zu ersetzen, daß Wir nach sorgfältiger Prüfung die Hoffnung aussprechen können, daß die zu erwartenden Ersparnisse des laufenden und künftigen Jahres (1842) bei fortdauerndem Frieden genügen werden, jene Ausgaben völlig zu decken.“ — Es waren also von 1830 bis 1842 jährlich mehr als 5 Millionen außerordentlich zu verausgaben, mehr als in irgend einem Etat für den „Dispositionsfond für Gnadenbewilligungen aller Art, zur Uebertragung von Einnahmeausfällen, zu unvorhergesehenen Ausgaben und zur Vermehrung des Haupt-Reserve-Kapitals“ zusammen angesetzt ist. Später finden wir unter den extraordinairen Ausgaben noch die Kosten, welche die Konvertirung der Staatsschuldscheine veranlaßten, im Betrage von 2,000,000 Thlr., über welche Herr v. Bodelschwingh den ständischen Ausschüssen blos mittheilt, daß sie „anderweit“ gedeckt seien. Bis zum Jahre 1842 konnte der Schatz also wohl nicht füglich bedacht werden. Ob und welche außerordentlichen Ausgaben später stattgefunden haben, darüber sind keine Eröffnungen erfolgt; doch erfahren wir von Bülow-Cummerow, der selbst den Schatz auf 40 Millionen schätzt, in seinem zweiten 1845 in Berlin erschienenen Hefte über die preußischen Finanzen, daß „seit dem Antritt der neuen Regierung keine oder höchst unbedeutende Zuflüsse im Schatz erfolgt seien.“ Mag die preußische Finanzverwaltung daher immer eine geordnete sein, so daß durch sie, wie im Patente vom 8. Februar versichert wird, die Zusammenberufung des Vereinigten Landtages nicht bedingt ist; so scheint doch das Angeführte hinreichend zu sein, um an dem Vorhandensein eines Staatsschatzes von einiger Bedeutung wenigstens gegründete Zweifel zu erwecken, welche durch das, was ich unten über die Schuldentilgung anführen werde, noch erhöht werden.

Es versteht sich von selbst, daß zum Staatsschatz nicht etwa dem Kours entzogene Staatspapiere gerechnet werden dürfen, welche man vielleicht aufgekauft hat, um einem allzustarken Sinken entgegen zu wirken. Ein solcher papierner Schatz würde in Zeiten der Noth nichts nützen, wo schon ein Sinken der im Kours befindlichen Papiere eintritt. Aber auch die Ansammlung von Gold und Silber zu einem todten Kapitale gewährt

nicht den Nutzen, den man sich gemeiniglich davon verspricht und wirkt lähmend für Handel und Industrie. Jedes Land bedarf eine bestimmte Quantität dieses theuren Tauschmittels für seinen inneren und auswärtigen Verkehr; geht ein Theil hiervon verloren, so muß er natürlich durch neue Zufuhr alsbald ersetzt, und zu seinem Ankaufe Produkte verwandt werden, die sonst als neues gewinnbringendes Kapital hätten angelegt werden können. Die Industrie ist aber allein im Stande, die für lange Kriege nöthigen Mittel zu schaffen, nur ein industriell ausgebildetes Land kann lange auswärtige Kriege führen; aber freilich wird in einem solchen auch die Regierung abhängig vom Willen und Interesse der Besitzer. Die aufgehäuften Millionen reichen nur für kurze Zeit aus, man wird bald neue Subsidien vom Lande fordern müssen, und unterliegen, wenn dieses nicht im Stande ist, sie zu leisten. Frankreich und England führten die größten auswärtigen Kriege, ohne über einen Staatsschatz zu gebieten. — „Die aufgehäuften Schätze der Fürsten, sagt Adam Smith, boten in früheren Zeiten eine weit größere und dauernde Hülfe dar. In unsern heutigen Zeiten scheint, wenn man den König von Preußen ausnimmt, das Zurücklegen eines Schatzes nicht zur Politik der europäischen Fürsten zu gehören. — Die Fonds, aus welchen die auswärtigen Kriege dieses Jahrhunderts bestritten wurden, scheinen uns wenig von der Ausfuhr des umlaufenden Geldes oder des Geschirres der Privaten oder des fürstlichen Schatzes abgehangen zu haben. Der letzte französische Krieg (Adam Smith schrieb 1775) kostete Großbrittanien mehr als 90 Millionen Pfund Sterling. Mehr als $^2/_3$ dieser Summe wurden in fernen Ländern ausgegeben: in Deutschland, Portugal, Amerika, in den Häfen des mittelländischen Meeres, in Ost- und Westindien. Die Könige von England hatten keinen angesammelten Schatz. Man hat nie davon gehört, daß eine außerordentliche Menge von Geschirr eingeschmolzen worden. Das im Lande umlaufende Gold und Silber wird nicht auf mehr als 18 Millionen geschätzt. Die ungeheuren Kosten des letzten Krieges müssen also nicht durch die Ausfuhr von Gold und Silber, sondern durch die von britischen Waaren dieser oder jener Art bestritten worden sein."

Aus den auf Befehl des Unterhauses gedruckten offiziellen Berichten geht hervor, daß die von England für die Armeen auf der Halbinsel 1812 und 1813 gemachten Ausgaben sich auf 31,767,000 Pfund beliefen, von denen nur 3,284,000 in gemünztem Geld und Barren versandt wurden.

Das 1820 der Hauptverwaltung der Staatsschulden zur Tilgung und Verzinsung überwiesene Schuldkapital belief sich auf 206,733,170 Thlr., doch sind darunter nicht sämmtliche Staatsschulden begriffen, indem außer der unverzinslichen Schuld von 11,000,000 Thlr. andere zum Ressort an-

derer Staatsbehörden gerechnet werden, und namentlich über die der Bank, der Seehandlung, der Berliner Porzellan Manufaktur keine Rechenschaft abgelegt wird. Zur Tilgung und Verzinsung obiger Summe wurden sämmtliche Domainen- und Forstrevenüen, nach Abzug des dem Kronfideikommisse gebührenden Antheils von $2^{1}/_{2}$ Millionen, die Domainen-Veräußerungs- und Ablösungs-Gelder und die Salzrevenüen, so weit letztere erforderlich sind, überwiesen. — Nach dem Bericht von $18^{20}/_{32}$ betrugen die überwiesenen Domainen- und Salzrevenüen 114,144,491 Thlr., die Domainen-Ablösungs- und Veräußerungsgelder 23,818,475 und mit einigen andern kleineren Beiträgen wurden verwandt zur Tilgung einer Nominalschuld von 42,936,727 Thlr. — 39,330,113, zur Verzinsung und Verwaltung 99,062,290 oder jährlich 7,620,176 Thlr.; doch scheinen unter dieser Summe die zur Verzinsung der sich ungefähr auf 26 Millionen belaufenden provinziellen Schulden nothwendigen Ausgaben nicht mitbegriffen zu sein.

In der Periode $18^{33}/_{42}$ wurden überwiesen an Domainen und Forstrevenüen . . . . 57,695,006 Thlr.;
an Salz-Revenüen . . . . 6,174,462 „
an Domainen-Ablösungs- und Veräußerungs-Geldern 14,792,072 „
an Beiträgen der Regierungs-Hauptkassen zur Tilgung
und Verzinsung provinzieller Schulden . . . . 8,641,346 Thlr.,
und mit einigen kleineren Beiträgen wurden zur Tilgung von 28,278,464 Thlr. verwendet 26,877,772 Thlr. und zur Verwaltung und Verzinsung 60,923,428 Thlr. oder jährlich 6,092,342 Thlr. — Getilgt ward im Ganzen also die Summe von 71,215191 Thlr., das Staatsvermögen aber nur verbessert um 32,604,544 Thlr., da 38,610547 Thlr. aus Domainen-Verkaufs- und Ablösungs-Gelder gewonnen wurden. Die Einkünfte der Domainen und Forsten sind in Folge dessen seit 1821 von 5,604,650 Thlr. auf 4,090,163 Thlr. gesunken, wovon jedoch ein Theil, 516,307 Thlr. nur in die Grundsteuer übergegangen ist. — Die Domainenverkäufe sind vielfach gemißbilligt worden; ich glaube aber, daß aus dem Verkaufe des größten Theiles der Domainen dem Lande nur Vortheile erwachsen können, wenn sie, wie es jetzt der Fall ist, nicht mehr als $2^{1}/_{2}$ Prozent einbringen. Es würden bei einer besseren Verwaltung durch Private die Einkünfte des Landes nicht nur erhöht, sondern auch ein bedeutendes Beamtenpersonal entbehrt werden können. Die Verwaltung der Forsten verschlingt jetzt nicht weniger, als 50 Prozent der Bruttoeinnahme, während sie bei Privaten ungefähr 12—15 Prozent beträgt. Es ist nicht Preußen allein, welches an dieser theuren Verwaltung der Domainen laborirt, es scheint dieser Uebelstand den Domainen im Allgemeinen anzukleben, und

eine büreaukratische Verwaltung in der Landwirthschaft am wenigsten angebracht zu sein. Schon Adam Smith räth zum Verkaufe fast aller Domainen: „die Einkünfte, heißt es dort, welche in irgend einem civilisirten Staate die Krone von ihren Ländereien zieht, scheinen zwar keinem einzelnen Unterthan das Mindeste zu kosten; sie kosten aber im Grunde der ganzen Gesellschaft mehr, als irgend ein andres gleich großes Einkommen, dessen die Krone genießt. Es würde in allen Fällen dem Publikum vortheilhaft sein, wenn der Krone diese aus ihren Domainen entspringenden Einkünfte aus einer andern Quelle ersetzt, und jene Ländereien unter das Volk vertheilt werden — eine Sache, die nicht besser, als durch öffentlichen Verkauf jener Domainengüter geschehen kann. Die einzigen Ländereien, welche in einem großen, civilisirten und monarchisch regierten Staate der Krone gehören sollten, sind solche, die nur zum Vergnügen und zur Pracht bestimmt sind, wie z. B. Parks, Gärten, öffentliche Spaziergänge, — lauter Besitzungen, die man allenthalben nicht als Quellen von Einkünften, sondern als Veranlassungen von Ausgaben betrachtet." — Die Sicherheit der Staatsgläubiger würde durch den Verkauf der Domainen nicht vermindert werden, sobald die Reichsstände die Garantie für die Schulden übernehmen; reichen doch jetzt die Einkünfte der Domainen nicht einmal für die Verzinsung aus.

Die getilgten Schulden waren größtentheils 4 prozentige; gleichzeitig wurden aber von einer andern Staatsbehörde, der Seehandlung, in England neue Schulden, und zwar 5 prozentige kontrahirt:

1822	23,625,000	Thlr.
1832 Prämienanleihe	12,600,000	"
	36,225,000	" ; zu welchen Koursen, ist unbekannt.

Im Ganzen hat also keine Verbesserung des Staatsvermögens stattgefunden. Ich weiß nicht, welche Gründe zu dieser Maaßregel veranlassen konnten, auf der einen Seite 4 prozentige Schulden zu tilgen, um auf der andern neue 5 prozentige zu machen; das läßt sich aber doch wohl mit Sicherheit voraussetzen, daß man die Anleihe nicht gemacht haben würde, hätte man über ein unbenutztes Kapital verfügen können, wie solches nach der Meinung Einiger im Staatsschatz aufgehäuft sein soll.

Eine andere Frage ist es, ob die Schuldentilgung überhaupt vortheilhaft ist für das Land, ob die 71 Millionen, die von 1820—41 für diesen Zweck verwandt sind, nicht weit vortheilhafter und gewinnbringender hätten angelegt werden können? Für den Chausseebau hat man ebenfalls neue Kapitalien anleihen müssen, für deren Tilgung und Verzinsung im Etat von 1844 — 2,782,800 Thlr. angesetzt sind, und doch sieht es mit unseren Kommunikationsmitteln noch schlecht genug aus. Wie viele Eisen-

bahnen hätten sich mit jenen Summen nicht schaffen lassen, deren Bau, jetzt der Privatspekulation überlassen, alle Augenblicke in's Stocken geräth. Hätte die Regierung den Bau der Bahnen übernommen, so hätte das ganze Land mit einem Bahnnetze überzogen werden können, und der Ausfall der schlechten würde durch den Gewinn der rentablen Strecken gedeckt seien. Jetzt, nachdem man den Privaten die Ausbeutung der guten gestattet hat, werden dem Staate nur die schlechten allein verbleiben, zu denen Aktionaire ihr Geld nicht hergeben wollen. In England und Frankreich denkt man nicht an die Abtragung des Schuldkapitals, man sucht nur durch Konvertirung der Renten die jährlichen Ausgaben für die Verzinsung möglichst zu erniedrigen. Nur Oestreich operirt ebenfalls mit einem Tilgungsfond, während es jährlich zu neuen Anleihen gezwungen ist. Ich weiß nicht, welchen anderen Nutzen es daraus zieht, als den, ein größeres Heer von Beamten ernähren zu müssen, und dem Gange seiner Verwaltung einen neuen Hemmschuh anzulegen. Auch in Preußen würden mit der Aufhebung des Tilgungsfonds die Ausgaben für die Verwaltung der Staatsschulden bedeutend vermindert werden können, um so mehr, wenn wie in England eine von der Regierung unabhängige Bank die Operationen der Regierung unterstützte. Bei alle diesem muß jedoch vorausgesetzt werden, daß die Reichsstände die Garantie für alle Schulden des Staates mit dem ganzen Vermögen des Landes übernehmen; der Regierung allein würde es nicht möglich sein. — Eine große Schuldenlast ist ohne Frage sehr drückend für ein Land, aber nur wegen der jährlich daraus entspringenden Ausgaben. Diese soll man also so viel möglich zu verringern oder die Aufbringung derselben zu erleichtern suchen. Durch das Verfahren, welches die Regierung bis jetzt verfolgt hat, ist keinem von beiden Zwecken genügt, beide werden aber durch Aufhebung der Tilgung gefördert. Ein vortheilhaft für die Industrie oder den Handel verwandtes Kapital bringt reichlichere Zinsen als 3½ Prozent; es ist also ein offenbarer Vortheil dabei, wenn der Staat das Schuldkapital behält und es selbst zum Nutzen des Landes verwendet, oder die für seine Tilgung bestimmten Abgaben fallen läßt. Ein Kaufmann oder Fabrikant wird ein zu diesem Zinsfuße aufgenommenes Kapital nicht freiwillig wieder zurückgeben, warum soll es der Staat, zumal wenn er sich dadurch in die Lage bringt, anderwärts neue Kapitalien und unter ungünstigeren Bedingungen aufnehmen zu müssen?

Auf die übrigen Positionen des Finanzetats wollen wir hier nicht eingehen, da uns der Vereinigte Landtag wohl bald Gelegenheit bieten wird, auf diese Frage zurückzukommen, und eine detaillirtere Auseinandersetzung der einzelnen Posten dann auch eine bessere Beurtheilung zulassen

wird. Nur darauf wollen wir noch aufmerksam machen, daß die jährlichen Ausgaben für den Militairetat seit 1821 von 22,804,300 Thlrn. auf 24,604,208 Thlr. gestiegen sind, und daß außer den oben angeführten außerordentlichen Ausgaben in den Jahren $18^{41}/_{43}$ noch 1,720,000 Thlr. außerordentlich für Festungsbauten verausgabt wurden.

J. Weydemeyer.

Die freie Gemeinde zu Marburg.

Manchem Freunde des Volkes hat die religiöse Bewegung der Gegenwart Besorgnisse erregt; Manchem schien Deutschland wieder in den Fehler zu verfallen, der Jahrhunderte lang sein bestes Mark verzehrte, daß es über der Zukunft die Gegenwart, über dem Jenseits das Diesseits, über dem Geiste die Materie vergessen, daß die religiöse Bewegung der politischen und sozialen Entwickelung des deutschen Volkes hinderlich sein würde. Aus diesem Grunde glaubte sich Mancher anfangs der religiösen Bewegung entgegenstellen zu müssen, damit das Volk sich nicht wieder in eine theologische Sackgasse verlaufe. Zum Glück haben sich alle diese Besorgnisse als nicht gerechtfertigt erwiesen. Die religiöse Bewegung hat sich nicht von der Wirklichkeit ab in die dunkeln Hallen der Theologie verloren, sondern sie mündet im Leben, in der Wirklichkeit. Nachdem es sich Anfangs allerdings bloß um die Beseitigung dieses oder jenes Dogma's, um die Beseitigung dieser oder jener Form gehandelt hatte, so handelte es sich später bald um die Beseitigung des Dogma's, der Formen überhaubt, um die Unterordnung des Glaubens unter das Wissen, mit einem Worte: um die Verwandlung des theologischen Menschen in den freien Menschen, um die Ausfüllung der Kluft zwischen Himmel und Erde, um die Berechtigung unserer wirklichen Welt einer anderen gegenüber. Der Mensch soll seine Heimath wieder gewinnen, den Ausbau und die Verschönerung derselben für seine Haubtaufgabe erkennen. Die entschiedensten Führer der religiösen Bewegung strebten bald dahin, den Strom in ein Bette zu leiten und wir zweifeln nicht, daß Ronge und Wislicenus, daß Deutsch-Katholiken und freie Gemeinden sich über kurz oder lang vereinigen werden. Sie wandten sich aber auch aktiv eingreifend der Wirklichkeit zu. „Wir wollen, sagt die Halle'sche Gemeinde in ihrer Erklärung, keine theologische Konfession, sondern eine freie menschliche Gesellschaft sein.“ Und Wislicenus erklärt ausdrücklich, „es handele sich nicht bloß darum, hie und da ein Almosen hinzuwerfen und etwa um der Seelen Seligkeit wil-

len hie und da eine milde Stiftung zu gründen, sondern es handle sich darum, dem Elend gründlich abzuhelfen und die Menschen zu einem Brudervolke zu machen." Ebenso erklärt Ronge die Armenpflege, die Erziehung, die Verbesserung der materiellen Verhältnisse überhaubt für eine Haubtaufgabe der Zeit. So ist also die theoretische Bewegung zu einer praktischen geworden. —

Wir haben einmal den Standpunkt des einen Vertreters derselben, Wislicenus, ausführlich besprochen, das anderemal über die Gründung der „freien Gemeinden" zu Königsberg und Halle berichtet. Jetzt, da sich deren Zahl durch die Konstituirung der „freien Gemeinden" zu Neumarkt, Nordhausen und Marburg vermehrt hat, sehen wir uns veranlaßt, den frühern Bericht zu vervollständigen. —

Die „Erklärung" der Gemeinde zu Nordhausen, in der sie ihren Zusammentritt zu einer „freien Gemeinde" motivirt, erwirbt sich unsern vollständigen Beifall nicht, weil sie noch an mancherlei theologischer Unklarheit leidet; die in diesen Tagen von Marburg ausgegangene verdient dagegen wegen ihrer Klarheit, wegen der in ihr offen ausgesprochenen Ansichten unsere vollste Billigung. Wir sprechen daher über letztere. —

Die Marburger Lichtfreunde, an deren Spitze der für die Sache des „freien Protestantismus" unermüdlich durch Schrift und Wort wirkende Prof. Bayrhofer steht, sind am 8. Febr. zu einer „freien Gemeinde" zusammengetreten und motiviren diesen Schritt in ihrer „Erklärung an das Kurf. Konsistorium der Prov. Oberhessen." —

Sie geben hiernach als die Veranlassung zu ihrem Austritte an, einmal, weil „ihr Wissen und Gewissen" mit der Glaubenslehre und der Verfassung der bisherigen protestantischen Kirche im Widerspruch steht. Ohne allen Zweifel harmonirt das „Wissen" der Gegenwart nicht mit dem herkömmlichen Glaubensbekenntnisse: denn das Wissen der Gegenwart beruht auf Vernunft- und Naturerkenntniß, auf der Wissenschaft, die Glaubenslehre aber auf deren Gegentheil, auf der Nichtanerkennung der Vernunft und der Natur — auf der Phantasie. Den andern Grund finden die Austretenden in dem Umstande, daß sich „unsere vaterländische protestantische Kirche zum Bewußtsein der Gegenwart nicht entfalten werde." Wer die Maaßregeln der Reaction in Hessen und auch anderswo sich vergegenwärtigen will, der wird die Hoffnung auf eine freie Entwickelung der Kirche aufgeben müssen. Diese beiden Gründe mußten nothwendig den Austritt der Marburger Lichtfreunde herbeiführen, vorausgesetzt, daß sie nicht heucheln wollten. Inwiefern sie nun von dem Glaubensbekenntniß der bisherigen protestantischen Kirche abweichen, wird uns deren zweite Erklärung, welche sie der Oeffentlichkeit übergeben und in der sie ihre

Weltanschauung niedergelegt haben, zeigen. Sie lautet: „Die unterzeichneten Bewohner Marburgs treten hiermit zu einer freien Gemeinde zusammen, welche den in Halle, Königsberg, Nordhausen bestehenden sich anschließt, und eben so mit dem Vereine der deutsch-katholischen Gemeinden sich in der lebendigen Einheit des Zeitbewußtseins weiß. Unser Alles durchdringender Grundsatz ist die absolute Freiheit des Erkennens und der Liebe. In diesem Geiste erfaßte sich Jesus von Nazareth; sein lebendiges Bild schaute die Menschheit in Jesus Christus an. Befreit von dem Dualismus und den mythischen Formen erhebt sich jetzt in reiner Klarheit und Wahrheit das christliche Lebensbewußtsein, und erscheint als die vollkommene freie Humanität. Diese Idee wollen wir in uns entwickeln und in Leben und That verwandeln. Der Zweck und Inhalt unseres Vereines ist daher das Christenthum in der Form der freien Vernunft. Wir rufen den freien protestantischen und deutsch-katholischen Gemeinden unsern Brudergruß zu und sehnen uns darnach, mit ihnen in freier Einheit dem großen Ziele entgegenzuwandeln." — .

In diesem Glaubensbekenntniß spricht sich das Bewußtsein der Gegenwart deutlicher aus, als in dem Glaubensbekenntniß irgend einer anderen „freien Gemeinde." Die Haubtsätze desselben sind die Resultate des Humanismus; nur werden sie etwas von der der theologischen Philosophie abgeborgten Sprache verhüllt. Aber es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß die Aufhebung jenes Dualismus zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen Geist und Materie, von dem wir schon oben sprachen, hier ausdrücklich, wenn auch als Glaubensartikel, ausgesprochen ist. Das Christenthum der Gegenwart „als die vollkommene Humanität" soll in Leben und That übergehen, also praktisch verwirklicht werden. So klar sprechen sich die übrigen freien Gemeinden über diesen wichtigsten Punkt nicht aus. —

Weder jene Rationalisten, welche zwar ein „vernünftiges Christenthum zu lehren behaubten, aber noch ganz in jenem der Vernunft widersprechenden Dualismus befangen sind, noch die Orthodoxen, welche die Berechtigung der menschlichen Vernunft zur Prüfung des Glaubens offen verwerfen, werden mit jener Erklärung einverstanden sein. Die Rationalisten, welche sich bekanntlich viel mit ihrer Toleranz wissen, werden das Glaubensbekenntniß der Lichtfreunde vielleicht noch als „Christenthum" gelten lassen, während es die Orthodoxen und Pietisten sicherlich als durchaus „unchristlich" verdammen werden. Sie werden ausführen, das „wahre Christenthum," wie es aus der Bibel folgend von der Kirche in ihren Glaubenssätzen niedergelegt sei, gründe sich grade auf diesen Dualismus,

es setze der Welt, der elenden Welt, dem irdischen Jammerthale das Jenseits, des Himmels Freuden entgegegen; es lehre, der in Sünden gezeugte, empfangene und geborene Mensch könne nicht durch eigene Kraft, sondern nur durch Gottes Gnade gebessert, geheiligt und wiedergeboren werden.

Uns kümmern diese Einwendungen von Seiten des historischen Christenthums nicht. Wir halten jenes Glaubensbekenntniß der Marburger Lichtfreunde für einen nothwendig aus dem Bewußtsein der Zeit hervorgehenden Akt. Es gibt keinen Stillstand; Nichts ist ewig, Nichts vollkommen, Nichts unverbesserlich. So wie andere Zeiten andere Staats- und Gesellschaftseinrichtungen hervorbringen, so schaffen sie auch andere Ansichten und Grundsätze in Betreff der Religion. Schon Herder sagt: „die Pflanze blüht und blüht ab; eure Väter sterben und verwesen, euer Tempel zerfällt, dein Orakelzelt, deine Gesetzestafeln sind nicht mehr; das ewige Band der Menschen, die Sprache selbst, veraltet. Wie! Und eine Menschenverfassung, eine politische oder Religions-Einrichtung, die doch nur auf diese Stücke gebaut sein kann, sie sollte, sie wollte ewig dauern? So würden dem Flügel der Zeit Ketten angelegt und der rollende Erdball zu einer trägen Eisscholle über dem Abgrunde. Wie wäre es uns, wenn wir noch jetzt den König Salomo seine 22,000 Ochsen und 120,000 Schafe an einem Feste opfern sähen, oder die Königin von Saba ihn zu einem Gastmahl in Räthseln besuchte? Was würden wir von aller Egypterweisheit sagen, wenn der Ochs Apis, die heilige Katze und der heilige Bock uns in prächtigen Tempeln gezeigt würden? Ebenso ist's mit den drückenden Bräuchen der Bramanen, dem Aberglauben der Perser, den leeren Anmaßungen der Juden, dem ungereimten Stolz der Chinesen und was sich sonst irgendwo auf uralte Menscheneinrichtungen stützen möge.“ —

Der Austritt der Marburger Lichtfreunde aus der Kirche war von der Nothwendigkeit geboten, weil ihre Ueberzeugung, fußend auf der allgemeinen menschlichen Bildung, mit dem Glaubensbekenntnisse der bestehenden Kirche in Widerspruch steht. Die Gründung deutsch-katholischer oder freier Gemeinden ist ein theoretischer und praktischer Fortschritt. Diejenigen, welche sich bereits durch eigene Anstrengung religiös ganz frei gemacht haben, werden allerdings auch in diesen Glaubensbekenntnissen noch einen Rest des Dogma, noch eine Beschränkung finden und brauchen ihnen deßhalb nicht beizutreten. Wenn aber alle diejenigen, welche die Glaubenssätze der bestehenden Kirchen in ihrem Innersten nicht mehr anerkennen, sich nicht durch Trägheit und Gleichgültigkeit, mit Heuchelei gepaart, von dem offenen Bekenntniß ihrer Ueberzeugung und somit vom

sodann die Krisis, mit der seit mehreren Jahren die Linnen-Industrie zu kämpfen hat, eine Industrie, die sonst für einen großen Theil der Bevölkerung die Unzulänglichkeit der Feldarbeiten ausglich.

Es hat also den Bewohnern dieser Provinzen zu gleicher Zeit am Boden wie an industrieller Arbeit gefehlt. Der Mangel an Kartoffeln im Jahre 1845 und die schlechte Roggenernte von 1846 haben durch Erhöhung des Preises aller Lebensmittel das örtliche Elend noch vermehrt.

Zu glauben, die Regierung besitze hinreichend wirksame Mittel, um sofort und unmittelbar die von der Zeit, der Umbildung der Industrie und des Ackerbaus, durch die Konkurrenz der Arbeit und tausend andere Umstände geschlagenen industriellen und sozialen Wunden zu heilen: ist ein verderblicher Irrthum, vor dessen weiterer Verbreitung man sich hüten muß.

Die Verantwortlichkeit für diese Umstände der Regierung zuschieben, ist eine Ungerechtigkeit. Sich gänzlich auf sie verlassen, was die Beseitigung dieser Umstände betrifft, ist eine gefährliche Täuschung, welche auf Vernichtung der Energie der einzelnen Personen, Provinzen, Gemeinden und Gesellschaften hinausläuft.

Die Wirksamkeit der Regierung kann nützlich, ja nothwendig sein, sie ist aber beschränkt und giebt haubtsächlich nur den Impuls, durch den die Anstrengungen der Gesammtheit hervorgerufen und ermuntert werden sollen.

Die von der Regierung den Kammern vorgeschlagenen Heilmittel sind gleichfalls doppelter Natur. Die Einen lassen sich sofort in Anwendung bringen und haben zum Zweck, den nothleidenden Klassen ohne Verzug Arbeit und Brod zu verschaffen. Hieher gehören: die auf die freie Einfuhr von Getreide und anderen Nahrungsstoffen bezüglichen Maaßregeln; Beschleunigung und Vervielfältigung öffentlicher Arbeiten; und Erleichterung der Noth in den Stadt- und Landkommünen auf direktere Weise, d. h. durch Ueberweisung von Geldmitteln zur Unterstützung der Armen. Die Maaßregeln der zweiten Art haben einen bleibenden Charakter und betreffen die Zukunft. Dies sind die zur Urbarmachung unserer Haiden und wüsten Strecken vorgeschlagenen Mittel, ganz besonders aber eine Zahl zusammengehöriger Maaßregeln, welche bestimmt sind, der Linnen-Industrie eine einsichtsvollere Richtung zu geben, in einem Theile der beiden Flandern an die Stelle der Leinenweberei die Fabrikation von wollenen, baumwollenen, seidenen und gemischten Stoffen zu setzen, und die Ausfuhr dieser Gewebe zu erweitern. Die zur Hebung der Linnen-Industrie mittelst Verbreitung verbesserter Webestühle und guter Methoden angesetzte Summe, und vor Allem die Errichtung einer Gesellschaft zur Vervollkommnung und

Ausfuhr von Linnenwaaren bilden diejenigen Maaßregeln, welche das Ministerium zur Erzielung der gedachten Resultate am geeignetsten hält. Die Lage unserer Linnen-Industrie ist bekannt. Die von der Regierung angestellten Nachforschungen, die Erörterungen in den Kammern und ganz besonders die immer klarer hervorgetretenen Thatsachen, gestatten nicht länger, die Frage bezüglich der Linnen-Industrie auf dem Felde unfruchtbaren Streites zu belassen; der Augenblick zum Abschließen und Handeln ist erschienen.

Ist der Verfall unserer Linnen-Industrie unheilbar, ist sie dem Tode verfallen, und zum gänzlichen Verschwinden aus der Reihe unserer Fabrikationszweige verurtheilt? Wir sind nicht dieser Ansicht.

England, Frankreich und Deutschland (?!) haben ihre Linnen-Industrie die Bahn der Entwickelung und des Fortschritts verfolgen und von Jahr zu Jahr ihre Märkte sich erweitern sehen, während sich in Belgien ganz entgegengesetzte Thatsachen offenbarten. Und doch sind die Bedingungen zu einem glücklichen Erfolg in unserm Lande größer, als bei diesen konkurrirenden Völkern. Wir besitzen das Rohmaterial von so vorzüglicher Qualität, daß uns die übrigen Staaten in dieser Hinsicht lange Zeit tributär gewesen sind. Die Handarbeit war in unsern beiden Flandern wohlfeiler als in Irland und in denjenigen Departements von Frankreich, wo man sich mit Linnenfabrikation beschäftigt. Die Geschicklichkeit unserer Spinnerinnen und Weber kann jeden Vergleich getrost aushalten. Unsere Flachsspinnereien haben eine hohe Stufe der Vollkommenheit erreicht. Die mechanischen Spinnereien in Leeds und Belfast haben in Rücksicht auf die unsrigen nur dadurch eine temporäre Ueberlegenheit, daß ihnen ein längeres Bestehen die Tilgung des Anlagekapitals und damit die Verminderung des Kostenpreises gestattet hat. Und gleichwohl verschließen sich die fremden Märkte für die Produkte unserer Linnen-Industrie täglich mehr. Und selbst in Bezug auf Frankreich, wo uns seit 1842 Verträge ein Vorrecht sichern, ist dies der nämliche Fall. Die Versorgung unsrer Leinwandmärkte im Innern verringert sich, die Arbeitslöhne sinken, und ungeachtet aller Anstrengungen der Regierung, der Kammern, der Leinen-Comités und der Privaten schreitet die Krisis immer weiter vor.

Die europäischen Märkte, auf denen unsere Linnen-Industrie wichtigen Absatz gefunden, Holland und seine Kolonien, Spanien mit den seinigen, und selbst Frankreich, wurden unsern Fabrikaten nach und nach immer weniger zugänglich.

Mehrere Umstände führten zu solchem Ergebniß. Die Ereignisse von 1830 verschlossen uns Java und errichteten zwischen Holland und uns Gränzbarrieren. Spanien setzte einen Tarif fest, der unsere Linnen mit

einer zwischen 60 bis 100 Prozent wechselnden Eingangssteuer belastete. In Frankreich hat die einheimische Linnen-Industrie sich seit 5 Jahren dergestalt entwickelt, daß sie die fremde Konkurrenz täglich weiter von sich weist; der Tarif von 1836 und der von 1841, die zu jener Zeit nicht hinderten, daß unsere Linnenausfuhr nach Frankreich sich auf einer beträchtlichen Höhe erhielt, werden zu Schranken, die sich in demselben Maaße vor uns erheben, als die Fortschritte der Fabrikation in jenem Lande sich erweitern.

Während dem, daß uns die europäischen Märkte entschlüpften, wurde kein einziger ernstlicher Versuch gemacht, auf den transatlantischen Märkten Eingang zu finden, und uns dort einen Platz zu sichern.

Das Uebel liegt in der Verfassung der Linnen-Industrie selbst, in dem Zusammentreffen mehrerer Umstände, welche diese Industrie auf eine falsche Bahn fortgezogen haben.

Die Absatzwege mangeln, weil dieser Fabrikationszweig weder Kapitalien, noch Organisation, noch kommerzielle Elemente besitzt; er hat sich vereinzelt, abgesondert, verarmt; und die, welche sich noch mit ihm beschäftigen, haben nichts weiter zur Absicht, als auf einem oder zwei benachbarten Märkten den Bedürfnissen gewisser beschränkter Mittelpunkte von Konsumenten Genüge zu leisten.

Die Spinnerin und der Weber, denen es zum gelegenen Ankauf des Rohmaterials, zur Benutzung der vollkommensten Werkzeuge am erforderlichen Kapital mangelt, arbeiten schlecht, ohne Leitung, ohne den Geschmack der Konsumenten zu kennen; und aus dieser Lage entspringt mit Nothwendigkeit der Verfall der Fabrikation. Andererseits fehlt es uns zum Zweck der Ausfuhr unserer Gewebe ganz besonders an derjenigen Klasse von Geschäftsleuten, die für ihre eigene Rechnung ausführen, die mit den Verkaufsbedingungen in fremden Ländern stets vertraut bleiben, und durch die von ihnen gelieferten Mittheilungen der Fabrikation eine bessere Richtung zu geben im Stande sind. Sind die Ursachen des Uebels einmal gekannt, so ist dadurch natürlich auch das Heilmittel angedeutet. Eine Ausfuhrgesellschaft entspricht genau dem, was die Lage unserer Linnen-Industrie erfordert. Sie trägt die Kapitalien und die Organisation herbei und schafft das kommerzielle Element.

Mittelst der Korrespondenten, deren Mitwirkung auf allen fremden Märkten sie sich sichert, und mittelst der Agenturen, die sie dort allmählig zu errichten im Stande sein wird, muß sie stets mit allen Anforderungen der Märkte vertraut bleiben; sie wird ihre Aufträge nach Proben, auf bestimmte Angaben hin, ausführen. Auf diese Weise wird sie in kurzer Zeit der Fabrikation eine einsichtsvollere Richtung geben. Die Negozianten,

welche mit der Gesellschaft Geschäfte machen, werden sich nothwendig zu Fabrikanten umgestalten müssen. Nicht auf den Wochenmärkten werden sie sich den Vorrath von leinenen Geweben, die den ihnen von der Gesellschaft bezeichneten Proben entsprechen, verschaffen können, sondern genöthigt sein, direkt bei sich fabriziren zu lassen. Die Weberei nach dem Stück und nach vorgelegtem Muster wird die glücklichste der Gesellschaft zu verdankende Frucht sein. Der Weber, von da an nicht mehr gezwungen, zu gleicher Zeit Kapitalist, Käufer des Rohmaterials, Fabrikant und Verkäufer zu sein, wird das zur Verbesserung seines Arbeitsgeräths erforderliche Kapital besitzen und einen sichern und zugleich lohnenden Verdienst finden.

Meine Herren, ich richte hier zwischen der alten und neuen Linnen-Industrie keine Scheidewand auf. Belgien hat für beide Raum, und die Fortschritte der Einen werden zum Fortschritt der Andern beitragen. Wir müssen fortfahren, die soliden Leinen zu verfertigen, welche die alte Industrie Frankreich, Spanien und der Einzelkundschaft, die diesem besondern Fabrikationszweige stets verbleiben wird, bisher lieferte. Die gemeinen Leinwandsorten zu Segeln, Säcken und zum Verpacken können in den Vereinigten Staaten, Brasilien und selbst Java einen ungeheuern Verbrauch finden, und wir dürfen einen Theil desselben für uns in Anspruch nehmen. Allein wir können und müssen die Fabrikation der von ganz Irland und gewissen Linnendistrikten Frankreichs und Deutschlands bereiteten Maschinengespinnst-Leinwand, aller glatten und gemusterten, rohen und gebleichten, aus reinem Flachs bereiteten Gewebe, die auf den amerikanischen und indischen Märkten so reichlichen Abgang finden, erweitern und müssen diesen verschiedenen Sorten von Linnen diejenige Gleichmäßigkeit, Appretur und Bleiche geben, die unsern Fabrikaten gegenwärtig im Allgemeinen abgeht. Ich werde die Kammer sogleich von einigen Artikeln in den Statuten zu unterhalten haben, welche die Errichtung einer Bleich- und Appretur-Anstalt und die Ausdehnung der Operationen der Gesellschaft auf andere Zweige der Weberei betreffen; letzteres zu dem Zwecke, daß die Leinenweberei in gewissen Gegenden speziell durch Woll- und Baumwoll-Weberei ersetzt werde.

Die eben gegebene Auseinandersetzung genügt zur Ueberzeugung, daß die Bildung einer Ausfuhrgesellschaft als bleibendes Mittel am allerwirksamsten ist, um in den Arbeiten der Linnen-Industrie diejenige Revolution zu erzeugen, durch die sie allein gerettet werden kann.

Die in den Anschlüssen C und E über alle Hauptfragen, welche eine Ausfuhrgesellschaft anregt, enthaltenen gründlichen Erörterungen überheben mich der Nothwendigkeit, in dieser Auseinandersetzung mich bei den wiederholten Einwürfen aufzuhalten, die sich auf die Konkurrenz, welche der

Privatindustrie von der Ausfuhrgesellschaft gemacht werden könnte, sodann auf das Nichtgelingen einiger in derselben Absicht organisirter Unternehmungen und endlich auf den Vorzug eines Systems von Ausfuhrprämien beziehen. Der Anschluß enthält Nachweisungen, die man in Betreff der Compagnie in Ostende vom Jahre 1722, der Maatschappy, der in Deutschland unter den Namen: Seehandlung, Elberfelder-Gesellschaft und Donau-Gesellschaft bekannten, so wie in Betreff der Genter Baumwollengesellschaft, der Industrie-, Bank- und der Handelsgesellschaft in Antwerpen mit Nutzen zu Rathe ziehen kann. Darin lassen sich die Ursachen studiren, welche den günstigen Erfolg der Einen, den Untergang der Andern herbeigeführt haben. Es steht aber fest, daß die Maatschappy in Holland, die Seehandlung und die Elberfelder Gesellschaft im Zollverein zur Entwickelung des Handels, der Marine und der Industrie dieser Länder mächtig beigetragen.

Die Idee einer kommerziellen Gesellschaft ist alt und hat gegenwärtig fast Jedermann für sich gewonnen. Im Monat Februar 1840 wies die zur Erforschung der Lage unserer Linnen-Industrie niedergesetzte Kommission in der durch sie veröffentlichten bemerkenswerthen Arbeit auf die Errichtung einer Ausfuhr-Compagnie als auf eine der Maaßregeln hin, welche dem zunehmenden Verfall unserer Linnen-Industrie am wirksamsten entgegenarbeiten würde.

Dieser Gegenstand beschäftigte die im nächsten September mit einer kommerziellen und industriellen „Enquête" beauftragte Kommission ebenfalls und wenn sie über diesen Punkt keine mit der vorgedachten Kommission übereinstimmende Ansicht aussprach, so rührte dies von dem Zustande unserer damaligen Handelsgesetzgebung her, die weder direkte Beziehungen, noch den Umsatz von Rückfrachten begünstigte, so daß es einer Ausfuhrgesellschaft an einer soliden Grundlage zu fehlen schien. Im Februar 1841 wandte sich die Regierung an die Handelskammern, um deren Ansicht bezüglich Errichtung einer allgemeinen Handelsgesellschaft kennen zu lernen. Die Gutachten waren getheilt, sowohl in Betreff des Nutzens als der Mittel zur Verwirklichung eines Unternehmens dieser Art. Im Allgemeinen anerkannte man, daß es vortheilhafte Ergebnisse haben würde. Die Haupteinwürfe bezogen sich auf die Schwierigkeit, das erforderliche Kapital zusammenzubringen und geeignete Personen zu finden, die ein so umfassendes Unternehmen gut zu leiten und die aus unserer damaligen Handelsgesetzgebung entspringenden Hindernisse zu übersteigen vermöchten. Diese wichtige Frage wurde im Oktober 1845 von Neuem aufgenommen. Ein Theil der Hindernisse war durch die 1844 mit unserm Douanensystem vorgenommenen bedeutenden Veränderungen hinweggeräumt. Die neue

Handelsgesetzgebung begünstigte die direkten Handelsverbindungen und das Unterbringen der als Rückfracht eingeführten Waaren. Die Repräsentantenkammer hatte sich von der Idee durchdrungen gezeigt, daß das Gesetz über die Differential-Zölle spezielle Maaßregeln im Interesse der Ausfuhr unserer nationalen Produkte nach sich ziehen müsse; denn sie verwies mehrere in diesem Sinn gemachte Vorschläge, die während der Diskussion selbst aufgetaucht und von der Untersuchungs-Kommission unterstützt worden waren, an die Regierung zur weitern Prüfung. Im Jahre 1845 stellte die Verwaltung über die Frage wegen einer Ausfuhrgesellschaft eine Untersuchung an, bei der sie, wie 1840, die Mitwirkung von Abgeordneten der Handelskammern in Anspruch nahm. Die Versammlungen fanden mehrmals unter meinem Vorsitz statt. Aus dem darüber abgestatteten Bericht wird man ersehen, daß die Ergebnisse dieser Untersuchung für das Prinzip der Bildung einer Handelsgesellschaft günstig ausfielen. Von 21 Abgeordneten der Handelskammern anerkannten 16 den Nutzen einer allgemeinen Ausfuhrgesellschaft, 3 sprachen sich im entgegengesetzten Sinne aus, und 2 enthielten sich der Darlegung einer Ansicht. Allein die Umstände ließen wenig darauf rechnen, daß man die erforderlichen Kapitalien ohne Schwierigkeit zusammenbringen würde. Nach den vom Staatsschatz in Folge der Lebensmittel-Theurung gebrachten Opfern, konnte die Regierung von den Kammern eine Betheiligung bei einer Gesellschaft, deren Kapital 20 bis 30 Millionen Frs. betrüge, nicht verlangen. Andererseits machte die Aufmunterung, welche 1845 mehrere Hauptindustriezweige unseres Landes erhielten, die Errichtung einer allgemeinen Ausfuhrgesellschaft weniger dringend. Jedoch die immer bedenklicher werdende Lage unserer Linnen-Industrie bestimmte die Regierung, sich mit den Mitteln zu beschäftigen, durch welche das so zahlreich und von so angesehener Seite her unterstützte Prinzip einer Ausfuhrgesellschaft verwirklicht werden könnte. Mit diesem Gedanken versammelte ich im verflossenen April unter meinem Vorsitz eine gewisse Zahl von hauptsächlich den beiden Flandern angehörigen Personen, die zugleich ihre Stellung und ihre Kenntnisse zur richtigen Würdigung dieser Frage befähigen mußten. Bei dieser Gelegenheit wurde der Nutzen, behufs Ausfuhr unserer Linnenfabrikate eine Gesellschaft zu stiften, vollständig anerkannt, wie aus dem darüber abgestatteten hier beifolgenden Bericht zu entnehmen.

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangte eine im Departement des Justizministeriums zu dem Zweck niedergesetzte Kommission, daß sie die Mittel zur Verbesserung des Looses der arbeitenden und bedürftigen Klassen aufsuchen sollte. Diese Kommission, welche sich ganz speziell mit Prüfung der Maaßregeln beschäftigt hatte, durch welche der traurigen Lage der bei-

den Flandern abgeholfen werden könne, bezeichnete als das vortheilhafteste und praktischste Mittel zur Verbesserung dieser Lage ausdrücklich die Bildung einer Industrie- und Handels-Gesellschaft zum Zweck der Fabrikation und Ausfuhr der Linnenprodukte. Dies erhellt aus dem beiliegenden von Hrn. von Brouckère, Präsidenten der Kommission, eingereichten Bericht und Statuten-Entwurf. Die Frage scheint sonach gegenwärtig zu ihrer vollen Reife gediehen und man ist jetzt gewissermaßen einstimmig der Ansicht, daß die gelegene Zeit wie die Nothwendigkeit vorhanden, mit Hülfe des Staats eine Assoziation zu begründen, um mittelst derselben der Linnen-Industrie aufzuhelfen, alle in dieser wahrhaft nationalen Industrie liegenden Elemente des Wohlstandes auf's Neue zu beleben und andere Zweige der Weberei, die in den beiden Flandern aufzukeimen beginnen, damit zu verbinden. Wie ich bereits gesagt, würde diese Assoziation in der Handelsgesetzgebung von 1844 Bedingungen der Organisation und des Gelingens finden, die bis zu jener Zeit mangelten. Sie wird mit Vortheil gegen die Produkte, welche sie auf entfernte Märkte sendet, Handelswaaren zur Rückfracht eintauschen und dies besonders in ihren Geschäften mit den Kolonien thun können, wo es meistens nothwendig ist, zum bessern Absatz der ausgeführten Waaren Rückladungen in Empfang zu nehmen.

Nach vorgängiger Prüfung des Statuten-Entwurfs für die „Gesellschaft zur Ausfuhr der Linnenfabrikate" hat sich die Regierung mit den Mitteln der Ausführung beschäftigt und namentlich in denjenigen Landestheilen, die an dem glücklichen Erfolge dieser Angelegenheit ein großes Interesse haben, an den guten Willen der zur Leitung eines solchen Unternehmens ihrer Stellung nach befähigten Personen einen Aufruf erlassen. Was Ihnen also, meine Herren, die Regierung hiermit vorlegt, ist kein theoretischer und abstrakter Vorschlag. Das Beistimmungsschreiben, das dem Statutenentwurf beigefügt ist, die ehrenwerthen Namen, die man darauf unterzeichnet findet, beweisen, daß die Hauptelemente zur Bildung einer ernstlich gemeinten Gesellschaft und zur Verwirklichung der Statuten bereits beisammen sind. Das Unternehmen erwartet behufs seiner Realisirung nur noch die Mitwirkung der Kammern, das heißt, die Bewilligung des verlangten Kredits.

Ich will jetzt die Grundbestimmungen der Statuten einer kurzen Analyse unterwerfen, damit sie in ihrer Gesammtheit und Bedeutung besser begriffen werden.

(Schluß folgt.)

Korrespondenzen.

(Aus Westphalen, Ende März. Die „Westphälische Warte." Unter diesem Titel ist unlängst das erste Heft einer in Arnsberg erscheinenden „sozialistischen" Monatsschrift ausgegeben. Ihr Redakteur, Th. Schäfer hat sich die Aufgabe gestellt: „die Mittel und Wege zu berathen: 1. wie die drängende leibliche Noth augenblicklich gelindert; 2. die Ursachen des Elendes eines großen Theils unserer Mitbrüder überhaupt beseitigt werden können, und zwar in geistiger Hinsicht durch Verschaffung eines besseren Unterrichts, da eine vernünftige Bildung sie allein zur Erlösung von ihrem leiblichen Elend durch bessere gesellschaftliche Einrichtungen fähig macht." —

Heißt das aber nicht geradezu die wirkliche Entwickelung auf den Kopf gestellt? Wie ist geistige Bildung möglich bei einem Menschen, der seine ganzen Kräfte darauf verwenden muß, um für sich und die Seinigen den nothdürftigsten Lebensunterhalt zu gewinnen? Er hat nicht einmal Zeit für den Unterricht; hätte er aber auch in seiner Jugend selbst den besten empfangen, der ausgestreute Samen würde ohne Früchte bleiben, weil ihm später keine Pflege mehr zu Theil wird. Bei Fabrikarbeitern, besonders den englischen, begegnen wir freilich einer solchen Bildung wohl, aber hier helfen die Verhältnisse selbst mit, auch wechselt die Lage des Fabrikarbeiters zwischen Noth und verhältnißmäßigem Wohlleben. Versuche man es dagegen nur einmal mit der Bildung unserer westphälischen Heuerlinge, während man sie in Schmutz und Elend stecken läßt, versuche man es einmal, sie religiös frei zu machen und man wird sich bald von der Fruchtlosigkeit solcher Versuche überzeugen. Ihrem elenden gedrückten Zustande, der sie nicht zur Empörung, sondern zur Ergebung und zum geduldigen Leiden treibt, weil sie vereinzelt dastehen und dem gleichmäßigen Drucke erliegen, entspricht religiöse Befangenheit bis zum krassesten Aberglauben. Den Trost, den sie hier nicht finden, suchen sie in einer andern Welt und mit Aengstlichkeit bewahren sie den Wunderglauben ihrer Väter, als den einzigen Hoffnungsanker in dieser trostlosen Wirklichkeit. Daher der Fanatismus, der alsbald gewaltig sein Haupt erhebt, wenn man diesen Glauben zu bekämpfen sucht, daher der gewaltige Einfluß der Geistlichen, die diesem Glauben schmeicheln und ihn pflegen. Er wird nicht eher weichen, bis durch den Einfluß der Industrie diese vereinzelte Stellung aufgehoben wird.

Eine wunderbare Vorstellung scheint der Redakteur über den Zusammenhang von Theorie und Praxis zu haben. „Muß nun auch, heißt es in seinem Vorwort, — wie der Gedanke der That — die Theorie der Praxis voraufgehen, so dürften doch einerseits die sozialen und politischen Theorien, wenn auch nicht für abgeschlossen, doch für so weit ausgebildet zu halten sein, daß mit der Praxis begonnen werden kann, anderseits drängen die gegenwärtigen Zustände dergestalt, daß damit nothwendig begonnen werden muß." — Es hat freilich Theoretiker genug gegeben, die glaubten, nach ihren vorher bis in's Einzelne ausgearbeiteten Plänen die ganze Gesellschaft einrichten zu können, und wie in andern Dingen, sind wir Deutschen auch hierin den Engländern und Franzosen nachgehinkt, es

wäre aber doch wohl endlich Zeit, von diesen Abstraktionen zur Wirklichkeit zurückzukehren. Will der Gebildete auf das Volk wirken, so kann er es nur dadurch, daß er ihm das Verständniß dieser erleichtert, und aus der Gegenwart die Konsequenzen für die Zukunft zieht. Das wäre eine Praxis, mit der allerdings begonnen werden sollte, die ohne Zweifel ersprießlicher wäre, als alle Experimente nach den Vorschlägen eines Strohmeyer, der die großartigen Phantasieen Fourier's spießbürgerlich zugeschnitten hat, oder nach denen des Mitarbeiters der Warte, der nach Strohmeyer's Beispiel „eine vollständige und umfassende Umgestaltung" „im Einzelnen und Kleinen" beginnen, der „die arbeitenden Klassen mit den Besitzenden versöhnen" will. Das Beispiel von Harmony-Hall hätte ihn schon belehren können, daß derartige Experimente in unserem civilisirten Europa scheitern müssen, daß sich innerhalb der konkurrirenden Gesellschaft die Arbeit für den Besitzlosen nicht menschlicher „organisiren" läßt. Nur eine vollständige Verkennung der Verhältnisse kann zu der Ansicht führen, daß eine Umgestaltung in den Gemeinden beginnen müsse, während Handel und Industrie die Nationen täglich abhängiger von einander machen. Auch hier ist die Entwickelung auf den Kopf gestellt.

Man ist in Deutschland freilich von jeher daran gewöhnt, der Theorie eine übermäßige Geltung beizulegen; die „Warte" hat in dieser Beziehung dieselbe Basis, wie die Kölner Zeitung; nichts desto weniger aber glauben wir, daß wenn sich die Redaktion nicht davon frei macht, die Prophezeihung ihres Korrespondenten: „Anfangs wenig beachtet, werden Sie später um so mehr Anerkennung finden," nicht in Erfüllung gehen wird.

J. W.

(Aus Westphalen, Ende März.) Schon oft sind die Deutschen als unpraktische Ideologen verspottet, welche alle Dinge verkehrt anfassen; schon oft haben sie sich von dem ersten besten Phrasendrechsler, der seiner Absicht ein reputirliches religiöses, politisches oder philantropisches Mäntelchen umzuhängen verstand, nasführen lassen. Dasselbe Schauspiel begibt sich eben wieder unter unseren Augen, ich meine die Geldunterstützungen für Irland. Es wurde schon in diesem Blatte erwähnt, daß die englische Geldaristokratie, um sich die Bürde zu erleichtern, in Hamburg derartige Unterstützungen mit Erfolg angeregt habe. Für Hamburg ließ man sich das allenfalls noch gefallen. Die Hamburger Kaufleute und Börsenmänner haben viel Verdienst durch die englischen; man kann es daher begreifen, daß sie sich ihnen gefällig erzeigen und einige Louisdore springen lassen, um sich ihr ferneres Wohlwollen resp. ihre fernere Kundschaft zu erhalten. Aber die Sache ging weiter. Der katholische Klerus bemächtigte sich der Sache und ließ durch den Westphälischen Götterboten die Unterstützung der Irländer als ein Gott wohlgefälliges Werk, als eine konfessionelle Pflicht ausposaunen. Das Stichwort war richtig gewählt; täglich veröffentlicht der „Westph. Merkur" zu diesem Zweck eingelaufene Beiträge. Unter anderen haben in dem kleinen Flecken Delbrück 9 Personen die ziemlich erhebliche Summe von 45 Thlr. zusammengebracht. Ich möchte nicht mißverstanden sein. Ich tadle diese

Unterstützungen nicht, weil ich das Elend Irland's nicht für entsetzlich, für haarsträubend halte; sondern ich tadle sie, weil die dahin fließenden Summen hier unseren Armen entzogen werden, um der überreichen englischen und irischen Geld- und Grundaristokratie die Sorge für die Verhungernden zu erleichtern. Sie ist vom Schweiß und Blut des Volkes reich und mächtig geworden; sie kann bei gutem Willen dem Elend steuern; sie muß die dazu nöthigen Opfer bringen, sei es in Folge des Gebotes der Moral oder des physischen Zwanges, — und es ist wahrlich nicht wohlgethan, ihr diese Opfer auf Kosten unserer Nothleidenden zu erleichtern. Wie? Ist nicht bei uns das Elend groß genug? Sind nicht bei uns in den meisten Gegenden alle Anstrengungen nöthig, um nur die klaffendsten Wunden zu schließen, um nur den scheußlichsten Formen des Elends abzuhelfen? Grade in der nächsten Umgebung von Delbrück, im Rietbergischen, in der Senne ist die Noth des Ackerbauproletariats furchtbar. Haben jene Männer und die Anderen, die auf den Ruf ihrer Priester so freigebig für Irland sich bewiesen, ebenso reichlich gespendet, um dem Elend vor ihrer Thüre zu steuern? Oder haben sie sich wieder mit dem beliebten Sprüchlein die Augen verkittet, „bei uns ist die Noth so arg nicht," weil nach dem Zuschnitt unseres öffentlichen Lebens die chronique scandaleuse des Elends eher liebreich vertuscht, als schonungslos an's Licht gezogen wird? Haben sie hier die Hungrigen gespeis't, ehe sie sich behaglich in den Gefühlsbrei einer weinerlichen, nichtsnutzigen Philantropie versenkten? Die Antwort wird nicht zweifelhaft sein. Die Unterstützungen für Irland sind eine gränzenlose Thorheit, so lange wir alle unsere Kräfte gebrauchen, um dem Elend vor unseren Thüren zu steuern. Nicht deßhalb, weil wir etwa nicht verpflichtet wären, den Irländern als Ausländern zu helfen; solche nationale Selbstsucht, solche engherzige Ausflucht ist uns fremd, weil wir nur den Menschen, nicht den Bewohner dieses oder jenes Landes im Auge haben. Aber deßhalb ist es eine Thorheit, weil wir dadurch nur den überreichen Land- und Baumwollenlords ihre Pflicht und Schuldigkeit, für ihre Armen zu sorgen, was sie recht gut können, erleichtern und den Nothleidenden hier, die der Hülfe ebenso sehr bedürfen, unnöthiger Weise Summen entziehen. So geht es aber, wenn man eine Sache nicht klar und vorurtheilsfrei betrachtet, sondern wenn man die Leidenschaften den Blick trüben läßt, was bekanntlich immer am besten durch das ungehörige Hereinziehen religiöser und konfessioneller Elemente gelingt und gelang. —

(Aus dem Lippischen, im März.) Aus einer früheren Korrespondenz wissen wir, daß sich unsere Regierung in Rücksicht auf die gegenwärtigen Nothzustände veranlaßt gesehen hat, s. g. Hülfsvereine zur Linderung der Noth in's Leben zu rufen. Allerdings ist die Konstituirung von Vereinen ein Mittel, durch welches viel bewirkt werden kann, aber diese Vereine müssen auch darnach sein. Wenn sie ihren Zweck, die Linderung der Noth, allgemein nachhaltig erreichen sollen, dann müssen sie von büreaukratischer Verfassung wesentlich frei sein. Sehen wir einmal zu, welches der Charakter der von der Regierung in's Leben gerufenen „Hülfs-

vereine" ist. Deren „Organisation" ist nach „der Instruktion für die Hülfsvereine" folgende. — (§. 1.) Die Bauerrichter und Vorsteher organisiren aus den verständigsten, wohlgesinnten Einwohnern ihres Distrikts sofort einen Hülfsverein," welcher (§. 2.) der Regel nach aus 5 Personen besteht;" er kann jedoch nach der Größe des Distrikts und der Zahl der Armen auf 7 oder 9 Personen erweitert werden." „Diese (§. 3.) erwählen unter sich einen Vorsteher und einen Rechnungsführer." — Ob die Bauerrichter und Vorsteher eine solche Einsicht besitzen, daß sie aus den Einwohnern ihres Distrikts zur Gründung eines „Hülfsvereins" die „verständigsten" und die „wohlgesinnten" auswählen können, — ob dieselben ferner wissen, welchen Einwohnern von der Regierung das Prädikat „verständigst," „wohlgesinnt" bewilligt wird — können wir natürlich nicht wissen; glauben uns aber doch berechtigt hier ein kleines? folgen zu lassen. Was hat nun dieser „Verein" zu thun? Der (§. 4.) der „Instruktion" sagt: er hat „die Zahl der Hülfsbedürftigen des Distrikts und ihr Bedürfniß zu ermitteln und eine Sammlung freiwilliger Beiträge bei den wohlhabendsten Distriktsbewohnern anzustellen." Als „Hülfsbedürftige sind blos diejenigen zu betrachten," die ohne Gefahr für Gesundheit oder Leben der Unterstützung nicht zu entbehren vermögen, nicht aber solche, die bei gehörigem Fleiß den nothdürftigsten Lebensbedarf selbst zu verdienen im Stande sich befinden und nur an Entbehrlichkeiten Mangel leiden. — „Von den (§. 7.) von den Landständen bewilligten Zuschüssen und den gesammelten Beiträgen bestreitet der „Verein" die Unterstützungen der Bedürftigen." (§. 8.) „Jedes Vereinsmitglied nimmt 4, höchstens 5 bedürftige Familien unter seine spezielle Aufsicht." (§. 9.) „Es besucht solche wenigstens einmal in jeder Woche, macht sich mit den Bedürfnissen bekannt, ermuntert sie zum Fleiß, Ordnung und Reinlichkeit." (§. 10.) „Auf einen dazu bestimmten Tag in jeder Woche versammeln sich die Vereinsmitglieder, berathen und bestimmen die in Vorschlag gebracht werdenden Unterstützungen für die nächste Woche. Sie haben dadurch der Noth abzuhelfen, dabei aber möglichste Sparsamkeit zu beachten, und nichts Unnöthiges, was nur die Zahl der Hülfesuchenden vermehren würde, zu bewilligen." (§. 11.) „Die Unterstützungen sind blos in Arbeitsmaterial, Hede, Flachs, Kleidungsstücken, Lebensmitteln und sonstigen Naturalien zu verabreichen." „Für den Ankauf von Flachs, Hede, Kartoffeln u. s. w. hat der Verein zeitig zu sorgen; ob er für den verabfolgten Flachs u. s. w. Spinnlohn zahlen, das Garn sich zurückliefern lassen und auf Rechnung des Vereins verkaufen, oder das Material unentgeldlich den Armen überlassen, ob er zur Erhaltung wohlfeilen Brodes, zur Ueberlassung desselben für den kostenden Preis Getraide ankaufen und solches für seine Rechnung verbacken lassen, oder nach Maaßgabe eines Probegebacks mit einem Bäcker Akkord schließen, ob er das Brod selbst ausgeben oder Anweisungen darauf ertheilen, oder ob er eine gemeinschaftliche Speisung der Armen veranstalten will, muß nach Angabe der örtlichen Verhältnisse dem wohlzuüberlegenden Ermessen des Vereins überlassen werden." (§. 12. und 13.) Ueber Einnahme und Ausgabe führt der Rechnungsführer genaue Rechnung und wird es nicht eher gefordert, so ist dieselbe Ende August d. J. abzuschließen und dem Amte zur Revision einzureichen." —

Wir sehen aus dieser „Instruktion," die wir hier in den wesentlichsten Stücken mitgetheilt haben, daß diese „Hülfsvereine" einen büreaukratischen Zuschnitt erhalten haben — wie wäre es auch möglich, daß hier zu Lande ein Institut errichtet würde, ohne daß das Regierungsprinzip sich dabei geltend machte?! Die „Hülfsvereine" werden von Regierungsbeamten in's Leben gerufen, — die Bauerrichter organisiren aus den verständigsten, wohlgesinnten Einwohnern ihres Distrikts einen Hülfsverein — stehen unter Kontrolle von Beamten und haben Beamten ihre Rechnung vorzulegen. Bei dieser Verfassung wird es nicht ausbleiben, daß sie von höchst untergeordneter Wirksamkeit sein werden, indem sie einmal die Zahl der wirklich Nothleidenden kaum genau angeben dürften und indem ihnen zweitens die Mittel fehlen werden, um den Hülfsbedürftigen eine erfolgreiche Unterstützung gewähren zu können. Denn was ersteren Punkt betrifft, so darf der Verein der „Instruktion" zufolge nur diejenigen als Hülfsbedürftige einregistriren, „welche ohne Gefahr für Gesundheit oder Leben der Unterstützung nicht zu entbehren vermögen, nicht aber solche, die bei gehörigem Fleiß den nothdürftigsten Lebensbedarf selbst zu verdienen im Stande sich befinden und nur an Entbehrlichkeiten Mangel haben;" — bei einer solchen „unbestimmten" „Bestimmung" kann es, zumal da der Verein auf „möglichste Sparsamkeit" in seinen Bewilligungen angewiesen ist, nicht fehlen, daß viele Nothleidende nicht mit unter die Zahl der „Hülfsbedürftigen" aufgenommen, im Gegentheil selbst zu der Kollekte noch einige Pfennige beizusteuern veranlaßt werden. Dieser Fall ist schon vorgekommen: im Amte Brake haben mehrere Individuen, die in der That mit zu den Hülfsbedürftigen gezählt werden mußten, noch einen Beitrag von einigen Sgr. zu der freiwilligen Kollekte geben müssen. Zweitens werden dem Verein die Mittel zur nachhaltigen Unterstützung fehlen. Da von den Landständen zur Unterstützung der Nothleidenden nur die geringe Summe von 6000 Thlr. bewilligt ist, so wird auf jeden Hülfsverein eine so unbedeutende Quote fallen, daß er auf „freiwillige Beiträge" der wohlhabenden Einwohner besonders rechnen muß. Nach der „Instruktion" soll denn auch der „Verein" eine Sammlung freiwilliger Beiträge veranstalten, aber diese wird nothwendig in einem geringen Maaße ausfallen, weil die Unterstützenden nicht erfahren, auf welche Weise ihre Beiträge verwendet werden; denn nicht sie bestimmen über die Beiträge, sondern die fünf Männer, die den Verein bilden: denn nicht ihnen wird Rechnung abgelegt, sondern dem Amte. Die Unterstützenden werden sich des Rechtssatzes erinnern: „wo wir nicht mit rathen, wir auch nicht mit thaten" und wenn sie auch nicht jegliche Unterstützung verweigern sollten, so werden sie ohne Zweifel doch nicht in dem Maaße beisteuern als wenn sie über die Maaßregeln, der Noth zu steuern und über die Verwendung der Beiträge ein Wort mitzusprechen hätten. Aber selbst angenommen, die Beiträge flössen reichlich ein, so werden die Vereine von denselben doch nicht immer den richtigen Gebrauch machen können, da diese fünf Männer des Einzelnen Noth nicht so ergründen und die richtigen Maaßregeln gegen dieselbe ergreifen können, als wenn die Nothleidenden selbst über ihre Noth und die zweckmäßigsten Mittel, derselben zu steuern, mitzureden hätten. — Das Resultat wird also dies sein; die Ver-

eine werden nicht nachhaltig wirken können und der Grund hiervon liegt in der zweckwidrigen „Organisation.“ Wie hätte dieselbe sein müssen, wenn ein günstiges Resultat ihrer Wirksamkeit erwartet werden sollte? —

Sämmtliche Einwohner eines Distrikts — reiche wie arme, müßten zu einem Vereine zusammentreten, welcher aus seiner Mitte einen Ausschuß erwählt und demselben die Leitung der von ihm berathenen und beschlossenen Maaßregeln anvertraute. Dieser Ausschuß wäre sodann dem Vereine für seine Amtshandlungen verantwortlich und müßte demselben auch die Rechnungen vorlegen. Durch diese Organisation würde es einestheils möglich, daß die Zahl der Hülfsbedürftigen mit größerer Genauigkeit ermittelt, daß die Maaßregeln zur Unterstützung der Nothleidenden richtiger getroffen werden würden — denn die Nothleidenden bildeten ja selbst einen Theil des Vereins und diese wissen doch am besten, wo sie der Schuh drückt — anderentheils aber wäre zu erwarten, daß die Begüterten zur Darbringung von größeren Opfern sich bereitwillig finden ließen, indem sie ja, ebenfalls ein Theil des Vereins, nun genau erführen, wie und zu welchem Zwecke ihre Beiträge verwendet würden. Eine solche Organisation würde zweckmäßiger sein, aber dieselbe findet aus leicht begreiflichen Gründen kein geneigtes Gehör bei unserer Regierung. — Glauben wir nun auch nicht, daß die „Hülfsvereine“ in dieser Verfassung nachhaltig wirken werden, so ist es doch klar, daß sie einiges Gute haben werden, indem sie manchen Hungrigen vom Hungerleiden erlösen werden. Soweit unsere Nachrichten reichen, entfaltet das Vereinswesen im Amte Varenholz eine größere Wirksamkeit als sonst wo. Aber auch in den übrigen Aemtern und in den Städten geschieht manches. In letzteren hat man Suppenanstalten errichtet, die wenn auch nicht viel, doch immer etwas thun. Auch einzelne Gutsbesitzer z. B. v. Kessenbrock in Barntrup und v. Rheden spenden von ihrem Ueberflusie ein Erkleckliches: diese geben z. B. an ihre Arbeiter den Scheffel Korn zu 1 Thlr. 20 Sgr., während derselbe gewiß 3 Thlr. kostet, was unsern Beifall verdient. — Es sind dies alles Bestrebungen, die immer zu loben sind und die noch ersprießlicher sein würden, wenn man alles auf das Wohl der Menschen bezöge. Aber häufig muß der Mensch dem Thiere nachstehen. Man höre: ein Verein kommt bei einem Amte um Verabreichung von Hafer von dem herrschaftl. Kornboden ein; diesem Gesuch kann nicht willfahrt werden, weil sämmtlicher Hafer schon für den fürstl. Marstall in Beschlag genommen ist! — Hätte aber das Vereinswesen selbst nichts anders bewirkt, als eine genaue Konstatirung der Noth, so wäre das auch schon etwas. Denn man ist über dieselbe bei uns noch fortwährend im Unklaren. Es hat sich schon jetzt herausgestellt, daß wenigstens der fünfte Mensch in unserem Lande unterstützungsbedürftig ist — es kann uns dies nicht wundern, wenn wir in Erwägung ziehen wollen, daß wir allein eine runde Summe von 50,000 Menschen haben, welche zu dem Stande der Einlieger gehören. — Soviel für heute über das Vereinswesen. (✂.)

(Aus dem Westphälischen, im März.) Die begriffene Welt. Unter diesem Titel giebt Dr. Wilhelm Jordan im Verlage

von Otto Wigand in Leipzig eine Monatsschrift heraus, deren Absicht es ist, die Resultate der allgemeinen Wissenschaft, der Wissenschaft von dem Weltall d. h. Alles das, was wir bis jetzt von der Welt wissen, auch dem nicht streng wissenschaftlich gebildeten Publikum in einer verständlichen Sprache darzustellen. Dies Unternehmen verdient umsomehr unsern vollen Beifall, als es das erste in dieser Art ist, welches auf diese Weise der Volksaufklärung in die Hände arbeiten will, indem es die Wissenschaft aus dem eng begrenzten und stark bewachten Kreise weniger Auserlesenen hervorzieht und sie allen Menschenkindern zu einer Körper und Seele stärkenden Nahrung bereitet — ein demokratisches Unternehmen. — Diese Zeitschrift mit dem Motto: „An Drähten, die von oben langen, kann keine Welt des Lebens hangen“ beginnt mit einem Aufsatze, der betitelt ist: „der wissenschaftliche Genuß und der Kitzel der Neugier,“ in welchem der Plan derselben dem Publikum vorgelegt wird. „Eine Brücke zu schlagen über die Kluft zwischen der großen Lesewelt und den Gelehrten, eine breite bequeme Straße empor zu bahnen zu den Höhen der Wissenschaft und den lebenzeugenden Funken der Erkenntniß herabzubringen zu den gewöhnlichen Menschenkindern: das ist die Absicht, welche diese Blätter ins Dasein ruft, das ist der Zweck, welchen sie zu erreichen hoffen, indem sie die Wissenschaft zum Gegenstande der Unterhaltung machen.“ Dies Unternehmen wird aber auf manche Bedenken und Schwierigkeiten stoßen: die Gelehrten werden sagen, die Wissenschaft sei nicht da zum Vergnügen; sie werden es übel nehmen, wenn man deren Resultate dem lieben „Pöbel“ d. h. den nicht gelehrten Menschenkindern genießbar macht, werden geltend machen, daß die Wissenschaft keinen Zweck außer sich habe, sondern daß sie selbst vielmehr ihr einziger, höchster Zweck sei. Aber dem ist nicht so. Die Wissenschaft hat allerdings einen Zweck außer sich: sie ist nicht für sich, sondern für die Menschheit da. — Die Nichtgelehrten aber werden sagen, wir können in der Wissenschaft keinen Genuß finden, alldieweil dieselbe wegen des gelehrten Krams unverständlich ist. Ganz richtig. Wenn die Wissenschaft jedoch populär, volksfaßlich dargestellt wird, dann wird sie auch dieser Menschenklasse Genuß gewähren. Noch näher wird hierauf der Plan der Zeitschrift angegeben, wie folgt: „der Leser soll allmählig in das tiefere Verständniß der allgemeinen Allverhältnisse, in die Ordnung des Weltsystems, in die Hauptsachen der Astronomie eingeführt werden; er soll zunächst erfahren, was wir über die Entstehungsweise unseres Sonnenstaates, seiner Planeten, ihrer Bewegungen und dergl. wissen oder mit Grund vermuthen, erfahren, wie wahrscheinlich die Erde ward, was sie ist; er soll mit den Geologen ihre Lebensgeschichte lesen lernen in dem Buche, welches ihr eigner Busen uns aufschlägt, entziffern lernen die Hieroglyphenschrift dieses Buchs, die Versteinerungen, die Reste der sog. vorweltlichen Thiere und Pflanzen; er soll die Stufenleiter des Erdlebens mit uns hinaufsteigen vom Schimmelpflänzchen bis zur mächtigen Eiche, von der pflanzenhaften Koralle, von der Alge, dem unvollkommenen Weichthier empor bis zur vollendet schönen Menschengestalt; er soll hören, was bisher mit mehr oder minder Grund gesagt ist über die Entstehung unserer Urväter und Mütter, welche selbst keine Väter und Mütter hatten; er soll zurückschauen nach der Wiege unsers Geschlechtes, so weit das Däm-

merlicht der Sage reicht und so weit uns die Wissenschaft von der Bildung der Sprachen, ihrer Verwandtschaft, ihrer Entwickelung, ihrer Ausbreitung auf dem Erdball zu führen vermag; er soll die Geheimnisse der Mythenbildung belauschen und einen Abriß von der Biographie des ganzen Geschlechts erhalten, kurz — diese Blätter erbieten sich zu einem bereitwilligen Cicerone auf der großen Reise um und durch die Welt, der sich bemühen wird, seine Sprache möglichst verständlich zu machen für Jedermann; zugleich aber wollen sie, wie schon gesagt, ein Neuigkeitsbote sein für alle wichtigen neuen Entdeckungen der Wissenschaften und versprechen alle Erscheinungen der Art aufmerksam zu verfolgen und das Bemerkenswerthe so schnell als möglich mitzutheilen." Wir haben hier den Plan dieser Zeitschrift ausführlich mitgetheilt, damit sich unser Leser von dem ganzen Unternehmen einen Begriff machen können, zumal da wegen beengten Raumes uns unmöglich ist, auf den Inhalt jedes einzelnen Heftes genauer in's Einzelne einzugehen. Bis jetzt sind von derselben sechs Hefte erschienen, welche des Mannigfaltigen viel enthalten. So heben wir unter den Aufsätzen des 1sten Heftes den über „die Entstehung der Welt" besonders hervor. — Die Frage nach Entstehung der Welt hat von jeher die Gemüther der Menschen beschäftigt und als Folge hiervon haben wir die sog. Kosmogonien, in denen jene Frage auf dichterische, phantastische Weise gelöst worden, zu betrachten; sie thun aber weiter nichts, „als daß sie das Räthsel von sich schieben und das geheimnißvolle Entstehen für die arbeits- und mühelose That eines geheimnißvollen Wesens erklären, wodurch eben nichts erklärt wird." Im Grunde genommen kann die Frage nach Entstehung der Welt nur das bedeuten: wie ist eine spätere Form aus einer früheren Form entstanden? — in dem gewöhnlichen Sinne aber denkt man dabei an die Erschaffung aus dem Nichts. In dieser Beziehung wird gesagt: „sie (diese Vorstellung) geht hervor aus der Wahrnehmung, daß die meisten uns umgebenden Dinge nicht immer dagewesen sind, aus dem sehr natürlichen Schluß, zu dem diese Wahrnehmung führt, daß alle Dinge, selbst die, welche viel älter sind, als die Menschheit und von deren Entstehung die Erfahrung deßhalb nichts zu sagen weiß, einmal geworden sein müssen, und endlich aus der Ausdehnung dieses Schlusses auf die Welt in ihrer Gesammtheit. Soweit ist noch Alles richtig. Allein wem fällt es ein, zu glauben, daß eine Blume, ein Thier aus Nichts entstehe? Lehrt nicht der Augenschein, daß die erstere aus der Knospe, diese aus einem Auge, dies aus dem Zweig der Pflanze sich entfaltet und daß die ganze Pflanze aus Saamen und Erdelementen hervorgeht und wieder zu Erde wird, und weiß nicht Jeder, wie des letzteren Körper aus dem Eikeim und Zeugungssaft erst durch die Ernährung in und am Mutterleibe und dann durch das Verzehren anderer Wesen entwickelt wird? Die Erfahrung lehrt also, daß jedes Ding schon gewesen ist, nur in anderer Form und Gestalt, zwar nicht als dieses bestimmte Ding, als dieses einzelne Eichenblatt, als dieser Hund, als diese Katze, wohl aber als etwas Andres, als der Stoff, aus dem etwas werden konnte. Warum soll nun die Welt, die doch weiter nichts ist, als alle Dinge zusammengenommen, aus dem Nichts geworden sein? Genügend beantworten läßt sich die Frage nach dem Grunde dieses sonderbaren

Verlangens nicht ohne Einbruch in das Gebiet der Theologie, und diese in Anspruch zu nehmen, liegt außerhalb unseres Plans. Man räsonnirt so: die Welt muß doch einen Anfang gehabt haben, weil Alles anfängt; es ist undenkbar, daß sie „von Ewigkeit her" gewesen. Ganz recht, aber es ist ebenso undenkbar, daß sie einmal angefangen zu sein; die Poesie kann die kühnsten, abenteuerlichsten Schilderungen entwerfen, wie durch die Macht eines Wortes das Chaos, der ungeordnete Weltstoff aus dem Nichts hervorgegangen und wie dieser Stoff dann gestaltet worden, allein die Sache wird dadurch um nichts denkbarer, die Gesetze unseres Denkens werden wir sogleich verletzt finden, wenn wir sie als Maaßstab an solche Kosmogonien anlegen, und daß einmal gar Nichts gewesen, können wir eben so wenig denken." Dann geht der Verf. zur Entwickelung dessen über, was die Wissenschaft von der Entstehung der Welt weiß: wir müssen aber hier von einer Mittheilung derselben aus vorhin genannten Gründen abstehen und bemerken nur das Resultat der Untersuchung: daß die Welt aus einer Gasmasse entstanden sei. — Dies erste Heft enthält außerdem noch einen interessanten Aufsatz: „Das kleinste Leben" (die Infusorien), in welchem auch die so wichtige Frage der generatio aequivoca oder spontanea (die Selbsterzeugung) erörtert wird. — Geben wir eine kurze Mittheilung des Inhalts der übrigen Hefte, damit der Leser ermessen kann, was ihm in dieser Monatsschrift geboten wird. Sie enthält folgende Aufsätze: — „Electricität und Lebenskraft," — „Ueber den Ursprung des Lichts" — „die Naturbeschaffenheit der Himmelskörper: die Erde als Gestirn." — „Die Natur und Wunder." — „Philosophie und Wissenschaft." — „Die Natur der Nerventhätigkeit." — „Das Leben des Leiblosen" d.h. der urorganischen Natur. — „Das Wetter." — „Faraday's neueste Entdeckung in Bezug auf Licht und Magnetismus." — „Der neue Planet Asträa." — „Die sinnliche Gewißheit. Zur Kritik der Philosophie." — „Ueber die Wichtigkeit der Aufsuchung neuer Kometen." — Die Philosophie und die Wissenschaft." — Das kombinirte fünfte und sechste Heft beginnt: „Die Naturbeschaffenheit der Himmelskörper. Mars." — „Planetarische Sonnenwolken." — „Das Rund der Erde und sein Einfluß auf die Gestaltung des Menschenlebens." — „Zur Geschichte des Lebens." — „Der Mund des Menschen." — „Die sg. Zweckmäßigkeit der Natur." — „Der Einfluß der Bewegung auf Ton und Farbe, und die veränderlichen Sterne." — Das ist die kurze Inhaltsanzeige dieser Zeitschrift, die wie wir glauben durch diese Mittheilung hinlänglich empfohlen ist, so daß sie sich auch unter unsern Lesern einen großen Kreis erwerben wird. Hin und wieder werden wir hier des einen oder des andern Aufsatzes aber auch noch ausführlicher gedenken, um unsere Leser mit dem Stande der Naturwissenschaft, auf der soviel, wenn nicht Alles, beruht, näher bekannt zu machen und auf diese Weise das im Prospektus angegebene Ziel: „Eine gleichmäßige harmonische Bildung für alle Schichten der menschlichen Gesellschaft" vorzubereiten. — Der Preis dieser bis jetzt erschienenen 6 Hefte ist 1 Thlr. 18 Sgr.

(Leipzig, im März.) Wenn ich Sie heute an der Welt Enden führe, so geschieht dies doch nicht aus dem Grunde, weil unser herrschendes Element, der Handel, seine Verbindungen so schlecht benutzt und wohl von dem amerikanischen Zolltarif, aber nichts von der amerikanischen politischen Bewegung weiß. Ich will hier ebenso wenig von und mit der Handelswelt sprechen, sondern Ihren Lesern Einiges mittheilen, was ich noch nicht in ihrem Blatt gefunden und was daher als Neuigkeit dienen wird. Der „Volkstribun," redigirt von H. Kriege in New-York, hat mit Ende vorigen Jahres aufgehört, weil seine Aufgabe, die Befreiung des Bodens, von der demokratischen Partei, ja theilweis von Whigs und Natives adoptirt worden ist. Kriege selbst sagt: „Ihr werdet leicht sehen, daß jetzt die Zeit gekommen ist, unsere isolirte Stellung aufzugeben. Und das Blatt, das uns so lange vertreten, als wir von der demokratischen Masse getrennt waren, noch länger halten zu wollen, hieße über das Mittel den Zweck vergessen. Wir kamen deshalb auch überein, den „Volkstribun" zu schließen und alle unsere Thätigkeit in die demokratische Partei und ihre Organe zu verpflanzen." Der Fortschritt der Demokraten berechtigte die Sozialreformer noch keineswegs, ihr Blatt aufzugeben, das schon in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten, deren Bedeutung der Volkstribun auch in seiner letzten Nummer hervorhebt, fernerhin die wichtigsten Dienste, auch inmitten der demokratischen Partei leisten und die Entwickelung des sozialen Prinzips, das es übrigens ziemlich einseitig verfocht, befördern konnte. So bombastisch und phantastisch auch im Ganzen der Volkstribun früher war, so war er doch neben den übrigen oft erschrecklich trivialen Journalen der anderen Parteien noch Gold und gab sich wenigstens in der letzten Zeit Mühe, am Thatbestand festzuhalten und die bestehenden Verhältnisse selbst näher zu beleuchten. Wir könnten hier mehrere lehrreiche und interessante Artikel nennen. — Wie traurig es mit der amerikanischen Journalistik steht, sieht man recht deutlich an der „Deutschen Schnellpost" von W. Eichthal, die sich in ihren Korrespondenzen über die diplomatischen Streitfragen mit einer so wichtigen Miene äußert, als entschiede sie mit einem Machtspruch sofort alles dieses unendliche Gewirr, und als hinge von solchem Zeug das Heil der Welt ab. Ein beständiges Raisonnement über Dies und Jenes, wie man es weit besser in den französischen und englischen Blättern zu lesen bekommt; über Deutschland selbst nur Dasjenige, was man in deutschen Blättern der ganzen Breite nach besprochen findet. Die amerikanischen Journale thun, als hätten sie die Wissenschaft im Sack und weiter nichts damit zu schaffen. Für den Deutschen haben sie daher nur geringes Interesse. Leider müssen wir dasselbe von dem „Philadelphier Demokraten" sagen, dessen Redaktion Georg Seitensticker mit dem 9. November angetreten hat. Die ersten Nummern der neuen Redaktion sind wenigstens erstaunlich langweilig; sie verheißt uns indeß häufige Korrespondenzartikel aus England, Frankreich und Deutschland, desgleichen aus dem Innern der Vereinigten Staaten, für die aber noch einige Zeit verstreichen müsse. Gedulden wir uns also und erkennen wir es gebührlichst an, daß Seidensticker sogleich die Vertheidigung der von der frühern Redaktion angegriffenen und verlästerten Nationalreformers übernommen hat. Die sozialen Ideen, das Bewußtsein eines allgemeinen Interesses machen

in jenem Lande übrigens überraschende Fortschritte; wir haben im Volkstribun Wahlprogramme der Whigs und Natives gelesen, welche die Bedeutung der Arbeitsfrage völlig erfaßten und die einleitenden Schritte zur Aufnahme in die Gesetzgebung vorschlugen. In Philadelphia haben die englischen Nationalreformer im September 1846 ein Journal „The man“ unter O'Conner gegründet, ein ähnliches, das Young America, besteht schon seit länger als einem Jahre in New-York. Mit Neujahr sollte eines in Galveston (Texas) erscheinen. In St. Louis hatte vor zwei Jahren Koch im „Antipfaffen“ und „Vorwärts“ munter vorgearbeitet. Das angesehenste Whigblatt, die „New-York Daily Tribune,“ redigirt von Horace Greely, vertheidigt die Nationalreform, den Fourierismus, die Beschränkung des Bodenbesitzes, das allgemeine Wahlrecht. Ripley, der Redakteur des Harbinger (Vorboten), den eine fourieristische Kolonie bei Boston, Brook Farm Phalanx, herausgiebt, liefert die besten Berichte über auswärtige Kunst und Literatur, ist dabei mehr Demokrat. Die Owen'schen Grundsätze verbreitet der „Regenerator“ in der Kolonie Fruit Hills (Ohio) unter Murray. Im Vordergrunde stehen für die Sozialisten die phrenologischen und vegetabilischen (?) Verhandlungen, die zuerst von dem berühmten P. B. Schelley angeregt worden. Von den Nonresistants, welche keinen Staat, kein Gesetz, keine Strafen, keinen physischen Widerstand wollen, wird der „Praktical Christian“ in der Kolonie zu Hopedake herausgegeben. Den deutschen Kommunismus entwickelte früher die schon erwähnte „Schnellpost“ in ihren Pariser Korrespondenzen.

Daß die soziale Idee nicht blos auf dem Boden der Theorie stehen bleibt, zeigt unter anderm die am 20. Oktober 1846 vom Staate Wisconsin angenommene Konstitutionsbill, nach welcher es innerhalb des Staates Wisconsin durchaus verboten ist, Banken zu errichten, Papiergeld, Noten, oder sonst irgend einen zur Cirkulation bestimmten Schuldbeweis als Geld auszugeben, Wechsel zu kaufen, zu verkaufen und zu diskontiren, Gelddepositen zu gründen oder irgend ein anderes Bankgeschäft zu treiben, alles bei später zu bestimmenden Strafen.

Ferner soll es innerhalb dieses Staates ungesetzlich sein, nach dem Jahre 1847 irgend ein Papiergeld, Note, Bill, Certifikat oder was immer für einen andern zur Cirkulation als Geld bestimmten außerhalb dieses Staates verausgabten Schuldbeweis von irgend einem geringeren Nennwerth als zehn Dollars zu cirkuliren, und nach dem Jahre 1849 von irgend einem geringeren Nennwerthe als zwanzig Dollars.

Außer diesem Bank-Gesetz*) wurde noch der Antrag gestellt, daß es

*) Unser geehrter Korrespondent ist sehr sanguinisch. Wir vermögen wenigstens in jenem Bankgesetz keine praktische Bestätigung der sozialen Idee zu entdecken, da die übrigen Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse, der Handel und Wandel sonst beim Alten geblieben sind. Wir sehen darin nur das Bestreben, sich in einem patriarchalischen Zustande zu erhalten, um sich dadurch der Macht des Geldes, der industriellen Bewegung der civilisirten Welt zu entziehen. Solche Bestrebungen sind aber machtlos. Bei vermehrtem Verkehr mit der civilisirten Welt, bei erweitertem Handel — und beides will auch Wisconsin und muß es wollen, da es das Privateigenthum und die Erwerbs- und Verkehrsverhältnisse

die Aufgabe der Konvention sei, den Betrag des realen Vermögens, welches Jemand im Staate Wisconsin besitzen oder eignen darf, zu beschränken; ferner der Antrag, daß die Legislatur gesetzlich vor gezwungenem Verkauf einen bestimmten Betrag des Eigenthums allen Familienhäuptern schützen solle, und daß die Heimathsstätte einer Familie, wenigstens 40 und höchstens 160 Acker (die nicht in einer Stadt liegen oder im Stadtlot), nicht dem gezwungenen Verkauf für künftighin gemachte Schulden unterworfen sein und es dem Eigenthümer, wenn er verheiratheter Mann ist, nicht freistehen soll, diese Heimathstätte zu verkaufen ohne Zustimmung der Frau, abgegeben in einer von der Legislatur vorzuschreibenden Form. —

Wir haben vor einiger Zeit von einem verdienstvollen Unternehmen gehört, das der bekannte Statistiker v. Reden in Berlin beabsichtigte, das aber aus Mangel an Theilnehmern gar nicht ins Leben treten konnte: ein großes statistisches Organ in Verbindung mit allen deutschen Hauptstapelplätzen des Verkehrs. Weder bei den Regierungen, noch bei den Privaten fand es eine entsprechende Theilnahme, und es zählte um Neujahr 1847 circa 400 Abonnenten. Die spezielle Mitwirkung der betreffenden Geschäftsmänner war noch weit geringer. Derselbe Fluch lastet auf dem durch Mandat vom 11. April 1831 bestätigten „Statistischen Verein für das Königreich Sachsen," der in jährlichen Berichten ein kümmerliches Zeugniß seiner Thätigkeit liefert. Der Verein bezweckt die „Beförderung der Vaterlandskunde durch das Sammeln zuverlässiger Nachrichten über den Zustand des Landes und seiner Bewohner in allen den Beziehungen, welche in staatswirthschaftlicher Hinsicht von Wichtigkeit sind." Jedes Mitglied soll die seiner amtlichen Stellung angemessenen Nachrichten einziehen, dabei immer den neuesten Zustand berücksichtigend; Beamte sollen die auf amtlichem Wege zu erkundenden Angaben dem Verein mittheilen, und zwar hat dies jedes Mitglied vierteljährlich in besondern Tabellen zu entwerfen. Vorzüglich sollen die von dem Ausschuß geforderten Notizen und Nachweisungen sorgfältig gesammelt und von dem Centralcomité in Dresden geordnet werden. Letzteres hat sich mit den verschiedenen Landesbehörden in Vernehmen zu setzen, welche angewiesen sind, alles zur Mittheilung Geeignete „zu diesem Behufe auf Erfordern oder auch nach Befinden unaufgefordert" einzusenden; die Ministerien haben sich wiederum des Vereins „zur Ausführung mancher völlig unentbehrlichen Arbeiten" bedient, zu deren Besorgung in anderen Staaten ein zahlreiches Behördenpersonal angestellt und zu besolden sei. Durch eine Verordnung vom 1. November 1836 wurde das Direktorium des Vereins in eine unmittelbarere Verbindung mit sämmtlichen Behörden, Corporationsvorständen und andern öffentlich angestellten Einzelpersonen gesetzt, bei deren Säumniß wegen der für den Verein dadurch erwachsenen vergeblichen Kosten eine Ordnungsstrafe eintritt. Diese Unterstützung des Direktoriums bezieht sich indeß nur auf die „jährliche Zusammenstellung statistischer Uebersichten aus kirch-

---

der alten Welt aufrecht erhält — sind solche Erleichterungsmittel des Austausches, wie Banken, Papiere ꝛc. ganz unentbehrlich. Wie soll man unter gegenwärtigen Verhältnissen Eisenbahnen und dgl. schaffen ohne Banken, ohne Papiergeld? — Der letzte Antrag scheint uns wichtiger. D. Red.

lichen und Schulnachrichten," auf die Abfassung der Bevölkerungs- und Viehbestandslisten, auf die aus den jährlichen Prozeßübersichten der Gerichtsbehörden zu fertigenden Tabellen, insoweit der Verein zu allen diesen ihm übertragenen Arbeiten, Erläuterungen und nach Befinden Berichtigungen der an ihn zu dem Ende abgegebenen amtlichen Nachrichten bedürfe.

Der Zweck des Vereins, die Sammlung von allerlei Material, die Sichtung desselben, und endlich sofortige Dienstbeflissenheit gegen die obersten Behörden, welche Nachricht oder Auskunft über Dies und Jenes verlangen, könnte noch heilsam genug sein. Nur hat er sich, wie es scheint, in ein pedantisches Tabellenverfertigen verloren. Die wichtigsten Interessen, die Erforschung des Einflusses des Geldes auf die Arbeit, auf den sittlichen Zustand des Volkes, die Aufdeckung der Leiden des Volkes und vor Allem der Zerwürfnisse der modernen Gesellschaft, des civilisirten Krieges auf Tod und Leben, scheint der Verein weniger als zu seinem Ressort gehörig zu betrachten. Die im vorigen Hefte mitgetheilten Verhandlungen der sächsischen Kammer beweisen auch, daß man derartige Erforschungen trotz des Vereines in Sachsen, für sehr nöthig hält, obgleich Hr. v. Falkenstein in den Gensdarmen die sicherste Quelle zu haben versicherte. Das Unternehmen des Hrn. v. Reden wird mehr leisten, wenn es auch wegen der Lauheit des deutschen Volkes, der Gelehrten und der Regierungen vorläufig nur im verjüngten Maaßstabe in's Leben tritt. Um seinen Zweck ganz zu erreichen, hätte es allerdings so großartig angelegt werden müssen, wie es Hr. v. Reden ursprünglich beabsichtigte. **C. W.**

Dresden, im März. Wenn allerdings der Umstand, daß von Sachsen aus so wenig zur Besprechung der sozialen Reformen bisher beigetragen wurde, daß sogar Semmig's Buch über sächsische Zustände von der sächsischen Presse unbeachtet blieb, dem kecken Wort des Regierungsraths Glöckner: „Wer kümmert sich in Dresden um die Noth der Weber?" (Mitth. v. 1846. S. 3264.) eine scheinbare Begründung verleiht, so ist dieß doch jetzt ganz anders geworden. Nicht blos, daß die Eitelkeit auf unsre Konstitution, die Sie im politischen Rundgemälde von 1845 rügten, mächtig im Schwinden begriffen ist, seitdem Alle, die es redlich meinen mit der Verfassung, erkannt haben, daß der Genuß der papiernen Rechte so verclausulirt ist, daß wir wie Tantalus stets vergeblich nach der ersehnten Frucht schnappen; nicht blos daß die sozialen Theorien unter den Gebildeten raschen Eingang gefunden haben und Biedermanns Vorlesungen darüber hier ein übervolles Auditorium fanden, nein, die Hauptsache ist, daß der unbemittelte Gewerbtreibende, der redliche Arbeiter, unfähig der Konkurrenz auf die Dauer die Spitze zu bieten und erdrückt vom Kapital, nicht mehr nach politischen, sondern nach sozialen Reformen strebt, nach Sicherung seiner und der Seinigen Existenz, nach gebührender Verwerthung seiner Arbeit. Noch ist er unklar über den Sitz des Uebels, über die Mittel es zu bannen; er sucht es, und hier in Bezug auf unsre Eisenbahnen und die Art der Beschaffung des Geldes, mit Recht in den Eisenbahnen, er verlangt eine Rückkehr zum Innungszwange zum Schutze gegen die Berliner israelitischen Verkäufer, die durch den Zollverein be-

rechtigt sind, hier die Lager ihrer leichten Waare zu Spottpreisen loszuschlagen; aber die „sächsische Genügsamkeit," die Minister v. Falkenstein so sehr rühmte, oder vielmehr „die größere Geduld im Hungern seinen ausländischen Berufsgenossen gegenüber," wie die Denkschrift der Chemnitzer Gewerbtreibenden übersetzt, scheint ihrem Ziele nahe zu sein. Noch kenne ich erst zwei Associationsversuche hier, die von einigen dreißig Tischlern, die ein gemeinsames Möbelmagazin errichtet haben, und die der Fischer, welche bei Eisbahnen und Elbüberfahrten nach gemeinsamer Taxe handeln und den Gewinn gleichmäßig vertheilen. Daß aber die Presse hier viel zu wirken hat und einen dankbaren Boden findet, ist unzweifelhaft, wenn auch Herr Fabrikant G. Drößling in Chemnitz in einer Schutzschrift für seine Standesgenossen, in der er das Fabrikwesen ein „patriarchalisches" und die Arbeit nur „Waare" nennt, sagt: „Wie der Tropfen den Stein aushöhlt, so werden auch die kommunistischen Aufsätze mit ihrer gefährlichen Tendenz, wie man sie jetzt unter das Volk bringt, eine Mißstimmung erzeugen, die nicht zum Glück, nur zum Unglück der Bethörten führen kann. Dieser Sieg ist jenen Literaten gewiß, nur bedauerlich, daß er Trauerweidenblätter in den Kranz ihres Ruhmes winden wird."

Wie aber stehts mit der sächsischen Tagespresse? Das einzige Blatt, welches sich offen zum Sozial-Demokratismus bekannte, seinen Konzessionsbedingungen nach dieß aber nur in belletristisch-kritischer Weise zeigen durfte, die „Veilchen" sind mit ihrer 26ten Nummer verblüht, da sich nicht Theilnahme genug dafür zeigte. Möglich, daß sie bei längerer Opferlust des Verlegers die gehoffte Verbreitung gefunden hätten, so unterlagen sie der sächsischen Preßfreiheit, die nicht einmal dem Verleger die Umwandlung des Titels gestattete; und was fragt das große Publikum nach einem noch dazu in der Provinz blühenden Veilchen! „Wir haben gestrebt — sagt die Redaction im Schlußworte — die Förderer der sozialen Bestrebungen zu gemeinsamen Kämpfen mit den consequenten „politischen" Reformfreunden anzuregen; wir sind nicht liberal aufgetreten im gewöhnlichen Sinne des Wortes, wir haben nicht für das einseitige Interesse der freisinnig thuenden, im Grunde stockaristokratischen Bourgeoisie unsere Stimme erhoben, wir haben stets das ganze Volk, die ganze Menschheit im Auge gehabt. Haben wir aber auch nur 10 — 12 muthige Herzen für unsre große Sache gewonnen, so ist unsre materiell erfolglose Thätigkeit geistig schon genugsam belohnt." Des Nichtsozialisten Biedermann „Herold," soviel er auch Aufsätze über die gesellschaftliche Frage bringt, dringt wenig in's Volk, die „Staatsbürgerzeitung," zwar neuerdings theilweis politisch-radikal, will noch weniger etwas davon wissen, D. K. Krause, der Franzosenfresser, giebt seinen 30 Abonnenten des „Verfassungsfreundes" Merkwürdigkeiten aus dem Kommunismus, indem er Fouriers Phantasien ausbeutet, und das „Volksblatt" bekämpft die Kommunisten mit dem orthodoxen Lutherthum. Nur das Dresdner Tageblatt, unter Leitung Häpos, bespricht fort und fort die soziale Reform und hat sich durch einen Aufsatz über Chemnitzer Arbeiterzustände die gesammten dortigen Fabrikherren auf den Hals geladen, die gegen die Redaction, weil sie den Einsender nicht nannte, durch den Stadtrath Klage geführt haben. Die provinziellen

Wochenblätter mögen wohl dann und wann hier Einschlagendes bringen, sind aber in Dresden mit wenig Ausnahmen völlig unbekannt.

Und der Landtag? Die Verhandlungen über die Nothstandsfrage haben bewiesen, wie wenig von ihm von gründlicher Abhülfe zu erwarten ist. Was der Wallensteinische Jäger über seine sächsische Dienstzeit sagt:

Führten den Krieg, als wär's nur Scherz,
Hatten für die Sach' nur ein halbes Herz,
Wollt es mit Niemand ganz verderben;

das gilt auch von unsern Liberalen noch heute; nur nicht zu weit! ist ihr Wahlspruch und wären sie noch meilenweit vom Ziele. Die Geschichte der sächsischen Landtage hat Beweise dieser Art genug geliefert, und der gegenwärtige außerordentliche ist auch nicht leer ausgegangen. Auf ihm ist indeß die schon auf dem vorigen keimende Scheidung in Radikale mit sozialer Färbung und constitutionell Liberale offen zu Tage getreten, und das ist auch etwas werth, wenn auch unsre gute Presse mit Hohn auf das Dreigestirn Schaffrath, Hensel und Joseph hinweist. Ueber die beiden Ersten habe ich schon geschrieben und füge nur noch bei, daß Hensel in der Staatsbürgerztg. (Nr. 7. d. J.), im Gegensatze zu den Rotteck-Welckerschen Ansichten der sächsischen Liberalen, sich offen für die politische und soziale „Reform" erklärt hat; Joseph ist wohl mehr rein politisch-radikal, aber „bis zum Messer." Ihnen zunächst steht Oberländer, der Anwalt der deutschen Jahrbücher, der zuerst die Proletariatfragen in die Kammer gebracht hat. Alle Uebrigen, mögen sie unter Todt die entschiedenere oder unter Braun die zuwartende gemäßigte Fraction bilden, zu der denn sogar Haase und Brockhaus sich zählen, sind eben nur liberal und bereit zur Annahme von Abschlagszahlungen und zum Temporisiren. Jetzt besonders haben sie die Mäßigung als Bannerspruch aufgenommen, und so standen die drei Radikalen stets allein. Noch war der Bruch zu vermeiden, aber alle Anforderungen der Radikalen fanden taubes Ohr, ein Protest gegen das ganze bisherige Regierungssystem, den Jene bezweckten, blieb liegen, und obschon die Drei nicht gern die Einigung gestört hätten, so zeigte sich doch bald in den Verhandlungen, daß sie nicht mehr zu halten war. Die Frage über die Leipziger Protestation öffnete Allen die Augen. Die Gelegenheit war gekommen für die Conservativen, über Rob. Blum den Stab zu brechen, und Todt und seine Freunde ebneten recht schön den Weg dazu, so daß nur der glänzende Widerstand jener Drei den beabsichtigten Sturz des Verhaßten in den Augen des Volkes vereitelte. Die Art, wie Todt gegen sie kämpfte, war so, daß das Volksblatt (à la Tippelskirchen) sich gedrungen fühlt, ihm dafür die freudigste Anerkennung auszusprechen, selbst auf den Fall, daß ihm nichts daran gelegen sei. So steht's hier unter den „Freunden des Fortschritts," zur Charakterisirung des Restes genügt wohl das einfache Factum, daß die Mehrheit der Kammer dem feldflüchtigen Vicepräsidenten v. Thielau eine Adresse voll von Versicherungen ihrer unveränderten Anhänglichkeit nachsendet, trotzdem er ihnen in seinem Entlassungsgesuch „Mangel an Energie" vorwirft, oder vielleicht der Wahrheit zur Ehre, gerade deshalb. Ein verbessertes, auf breiterer Grundlage gegebenes Wahlgesetz ist die erste Nothwendigkeit für eine Reform unsrer zweiten Kammer — aber!!

Der am 8. d. von dem 23jährigen Buchbindergesellen Otto Strehle an Mutter und Schwester verübte Doppelmord ist von tiefem psychologischen Interesse. Unfriede im elterlichen Hause, gegenseitige vom Sohne entdeckte Uebervortheilung der Ehegatten, blinde Begünstigung des älteren, mehrfach bestraften und jetzt wieder arretirten Bruders durch die Mutter, haben den bis dahin unbescholtenen jungen Menschen zu so gräßlichem, seit 3 Monaten getragenen Entschlusse aufgestachelt. Seine anfängliche trotzige Gleichgültigkeit hat jetzt der Reue Platz gemacht, und ich schließe mit der Bemerkung, die der hiesige Stockmeister seit 30 Jahren, mit seltenen Ausnahmen, bestätigt gefunden haben will, daß auch bei Strehle am dritten Tage nach seinem Geständnisse sich Fieberanfälle eingestellt haben. Eine Erscheinung, die wohl auch anderwärts Beobachtungen veranlassen könnte.

(**Zürich**, im März.) Unter den Arbeitern an der hiesigen Eisenbahn und dem Bahnhofe sieht man außer den Aufsehern, Entrepreneurs und Technikern bisweilen einige wohlgekleidete, artige, behagliche Herren umherwandeln, die offenbar zu keiner der drei genannten Klassen gehören. Sie werfen auf Alles zwar ziemlich verwunderte Blicke, fast wie jener maître des eaux et des forêts auf die am Baum hängenden Eicheln, von denen man ihm gesagt hatte, daß die Säue sie gern fräßen — konnte nämlich absolut nicht begreifen, der gute Herr, wie die Säue auf den Baum herauf kämen — aber trotz dieser verwunderten Blicke können die Herren sich nicht enthalten, hie und da gegen die Arbeiter einige Worte fallen zu lassen, die schier wie Verhaltungsbefehle und sonstige Anordnungen aussehen. Die Arbeiter hören sie geduldig an, die Techniker stehen dabei und zucken höchstens verstohlen die Achseln, oder redressiren im Stillen die ertheilten Befehle, wenn sie gegen ihre Pläne sind. Willst du wissen, wer diese Herren sind? Ei! das sind die Herren Directoren der Eisenbahn, welche anderwärts zwar die technische Ausführung Leuten überlassen, die so etwas verstehen, in Zürich aber sich ausdrücklich vorbehalten haben, auch beim Bau, obgleich Ober- und Unteringenieure angestellt, auch alle einzelne Arbeiten in Entreprise gegeben sind, ein Wörtchen mitreden zu dürfen. Calculirten aber die Herren bei der Abfassung dieses Paragraphen weiter: „könnte so ein unverschämter Proletarier uns leicht auslachen, wenn wir ihm sagten, thu deinen Karren voll Erde hieher, trag den Stein dorthin, oder so;“ machten also ein Corollarium zu obigem Paragraphen, daß jeder Arbeiter, der den gebührenden Respect gegen die Herren Directoren außer Augen setze, sofort entlassen werden solle. So können nun die Herren ganz unbesorgt ihr Privilegium ausüben, denn auch die Entrepreneurs müssen sich dem fügen und den fleißigsten und geschicktesten Arbeiter entlassen, wenn ihm einmal bei den Fragen und Anordnungen der Directoren die Geduld reißen sollte. Nicht wahr, das ist ergötzlich? Aber es ist noch mehr, es ist außerordentlich bezeichnend für die Zürcher Stadtherren. Diese können es absolut nicht vergessen, daß sie früher in so patriarchalischer Würde allein den Canton regiert haben und jetzt ganz und gar von der Regierung ausgeschlossen sind. Suchen deßhalb jede Gelegenheit, wo sie wieder einmal die Herren spielen und sich

in ihrer Wichtigkeit zeigen können; und dazu bot sich ihnen auch die Eisenbahn dar. Da die angesehensten Zürcher Häuser ein paar Millionen Actien dazu gezeichnet hatten — bei weitem die meisten Actien sind von deutschen, namentlich Wiener Häusern gezeichnet — so traten sie auf ein hohes Bein und thaten nicht anders, als ob sie, die Zürcher Stadtherren, die ganze Eisenbahn dem Staate zum Präsent machten; ritten also natürlicherweise auf dem Princip herum, daß sie sich in vollem Glanze zeigen wollten und von Jedermann den gebührenden Respect verlangten. Dieser Punkt mußte natürlich vor Allem berücksichtigt werden, die übrigen Actionäre waren ja Fremde, die es sich zur Ehre schätzen mußten, ihr Geld in einer Schweizerischen Eisenbahn anlegen zu können; gefallen diesen die Anordnungen der Zürcher Direction nicht, z. B. daß diese die Schienenlieferung einem der Ihrigen, dem Hause Escher, ohne weiteren Concurrenzhandel übertrug u. dergl., ei nun! so können sie ja fort bleiben! Meint zwar der ***Correspondent im vorigen Hefte, es sei hier mit dem Fremdenhaß gar nicht so arg, und nur dünngehäutete Landsleute merkten etwas davon; calculire aber, es ist's doch, und ich glaube nicht, daß mein Fell dünner und empfindlicher ist, als das andrer Leute; ist mir wenigstens seit Jahren genug darauf herumgedroschen worden, um es zu einer „sittlichen" — wie die Berliner Kirchenzeitung sich ausdrücken würde — Schwielenhaut zu machen. Allerdings hat mir noch Niemand in's Gesicht gesagt, ich sei ein „fremder Chaib" (d. h. Luder, die hier gewöhnliche Bezeichnung der Fremden), aber nicht weil der Sternenmann Recht hat, sondern weil ich nur mit höflichen Leuten verkehre und — weil ich noch Niemanden irgendwie in den Weg getreten bin.

Uebrigens will ich gern zugeben, daß auch von der guten Seite des alten patriarchalischen Regiments Etwas in den Zürcher Junkerfamilien stecken geblieben ist, namentlich die Wohlthätigkeit gegen Arme, die Ueberzeugung, daß sie als quasi Väter des Volks verpflichtet seien, unmittelbar für die Nothleidenden zu sorgen. Es ist zwar eine verdammt zweideutige Tugend, diese Almosenwohlthätigkeit, jedenfalls aber unendlich besser, als das unzweideutige Laster, die Herzlosigkeit, der Geldbourgeoisie; sie wirkt wenigstens theilweise hindernd in Zeiten der Noth, wie die jetzige. Kein Armer geht hier aus einem „reputirlichen" Hause weg, ohne ein Stück Brod oder ein paar gesottene Erdäpfel zu erhalten; Geld giebt man ihm selten, aus zarter Besorgniß, daß er es in Branntwein anlege. Bei öffentlichen Sammlungen dagegen werden auch reichliche Geldunterstützungen dargebracht. Das Alles will ich gern loben und anerkennen, sei die Triebfeder, welche sie wolle, denn es kommt doch den Nothleidenden zu Gute. Im Verlaufe des Winters thaten sich mehrere angesehene Conservative zusammen, kauften Getreidevorräthe an und überließen diese den Gemeindsbehörden zu billigen Preisen, um sie zu vertheilen, drangen sie mehreren Gemeinden fast auf; auch das will ich noch loben, insofern dadurch manchem nothleidenden Familienvater, der noch nicht gerade zu den Almosengenössigen gehörte, etwas unter die Arme gegriffen wurde. Aber dieses Verfahren, in schlichtes Deutsch übersetzt, heißt doch nichts anderes, als: „da seht ihr, was wir thun, obgleich wir nicht am Ruder sind; was hättet ihr also zu erwarten, wenn wir regierten?! Darum schreibt euch

das hinter die Ohren, ihr wackern Züribieter.“ Mußt aber nicht meinen, ich sei hier ein so wüthiger Radikaler geworden, daß ich deßhalb Alles, was die Conservativen thun, in schwarzem Lichte sehe; meiner Seel nicht! Aber meine Phantasie ist nicht so rosig eingerichtet, daß ich in dem Thun und Treiben einer abgeschlossenen verrotteten Kaste, und mag sie anstellen, was sie will, auch nur einen Funken gesundes, wahres menschliches Gefühl entdecken könnte. Uebrigens wiederhole ich's, das, was sie thun, will ich gern und freudig anerkennen, und warum sie es thun, das geht uns eigentlich nichts an. Umstände können Alles zum Guten ausschlagen lassen, und etwas Gutes ist es auch, wenn eine spanische Tänzerin Jesuitenpatrone zur Regierung hinaustanzt. Könnten die Lola in der Schweiz auch brauchen.

In diesen Tagen wird durch den ganzen Canton eine allgemeine „Liebessteuer“ zur Abhülfe der Noth eingesammelt werden, und ich zweifle nicht, daß sie ansehnlich ausfallen wird. Im letzten Großen Rathe hatten die Herren darüber gestritten, ob es mehr der Kirche oder dem Staate zukomme, einzugreifen; kamen zuletzt dahin überein, es sei wohl für beide zeitgemäß und Spielraum genug da. So wurde denn die Liebessteuer von den weltlichen Behörden angeordnet und von den Kanzeln herab nachdrücklichst empfohlen. Habe darüber am letzten Sonntage eine schöne und erbauliche Predigt gehört. Der Kirche — ich spreche mit ihren eigenen Worten — war der Anlaß höchst willkommen, einmal wieder aus dem Hintergrund hervorzutreten und der ungläubigen Welt zu zeigen, daß sie noch wirklich die Bewahrerin und Pflegerin christlicher Liebe sei; ermahnte also die Gemeinden auf's wärmste, namhafte Summen beizusteuern, sich nicht, wie so Manche thäten, die Größe der Noth zu verhehlen; ohne sie, wie wiederum Manche aus eigensüchtigen — merkst Du etwas? — Zwecken thäten, zu übertreiben, müsse man sich doch eingestehen, daß große Opfer erforderlich seien. Der Prediger fügte sodann noch zwei mehr praktische Gründe hinzu: „es würde sehr gut sein, wenn die Stadt Zürich nicht nur mit gutem Beispiel voran ginge, sondern selbst unverhältnißmäßig mehr (sic!) gäbe, als die Cantonsgemeinden.“ Nun, das erklärt sich leicht aus meinen obigen Bemerkungen; die Zürcher Pfarrer sind sämmtlich Städter, auch war es eine Stadtgemeinde, zu welcher diese Worte gesprochen wurden. Sodann: „man dürfe nicht warten, bis die Noth einen für Alle gleich furchtbaren Charakter angenommen habe.“ Habe mir den Kopf waidlich darüber zerbrochen, was das bedeuten solle. Soll das heißen, bis wir irländische Schauerscenen in unserm Canton erleben? oder bis selbst für Geld keine Erdäpfel mehr zu haben sind, und auch reiche Leute ihr Beefsteak ohne Kartoffeln essen müssen? Konnte es schier nicht herausbringen, will Dir also einstweilen eine andere Geschichte erzählen. Im Canton Tessin rückte in der Nacht vom 20. zum 21. Decbr. eine Bande von 300 Bewaffneten gegen das Städtchen Chiasso, dessen Bewohner aber zu den Waffen griffen und die Bande zurückwiesen. Diese zog darauf am Morgen gegen Mendrisio; mehrere der Einwohner suchten Widerstand zu leisten, zerstreuten sich nach kurzem Gefecht, worauf die Bande einrückte und 3000 Lire forderte, sich aber mit einer kleineren Summe vorläufig abfinden ließ und weiter zog. Während man nun in

Mendrisio anfing, Maaßregeln zur Verfolgung zu treffen, verbreitete sich plötzlich die Nachricht, die Bande kehre auf Mendrisio zurück, und Alles gerieth in Schrecken. Es war aber nur ein blinder Lärm; die Bande hatte sich bald nach ihrem Abzuge aus Mendrisio zerstreut. Kuriose Wirthschaft das! An der Spitze der Bande, die aus verschiedenen Cantonsgemeinden zusammengelaufen war, sollen zwei Brüder Pagani gestanden haben und trotz des auf ihre Gefangennehmung gesetzten Preises mit dem erbeuteten Gelde entwischt sein. In der That, wahre Heiden diese Pagani! Weiß nicht, ob man hier vielleicht ähnliche Scenen befürchtet; sollen aber in den östlichen Bezirken des Cantons schon mehrmals Aeußerungen gefallen sein, so gut wie sie anno 39 nach Zürich gezogen seien, um den wahren Glauben wieder einzusetzen, könnten sie auch jetzt auf Zürich marschiren, um sich Brod zu holen. Weiß nicht, ob der Herr Pfarrer so etwas im Sinne hatte. Oder vielleicht gar die Einführung einer progressiven Vermögenssteuer, wie sie jetzt in Bern durchgegangen ist zum großen Aerger der Reichen? (Sollte das sicher sein? D. Red.)

Vielleicht meinst Du, ich solle Dir mehr von der radikalen Reorganisation Bern's schreiben; kann sie aber nicht recht leiden, die Berner Radikalen, denen die Sessel eine wahrhaft empörende Ordnungsliebe a posteriori eingeflößt haben, während sie früher thaten, als wollten sie die ganze Welt umgestalten. Es verdrießt mich auch, daß diese radikalen Stürmer dem braven gehetzten Heinzen nicht einmal ein Ruheplätzchen gönnen mochten. Ist ein kurioser Heiliger, so ein zur Regierung gelangter Radikaler. Die Umgestaltungen in der Berner Verfassung, Gesetzgebung, Administration und Justiz, wie sie jetzt vor sich gehen, mögen recht ersprießlich für den Canton sein, was auch die Conservativen dagegen schreien. Aber alles das wird auf eine so zählederne, büreaukratisch verdrießliche Weise betrieben, ohne alles lebendige Hervortreten markirter Persönlichkeiten, daß es einem die Sache ganz verleiden kann und mir wenigstens kein rechtes Zutrauen einflößt; hat Alles einen so leblosen mechanischen Anstrich, Nichts von dem urkräftigen Behagen, welches einen durchdringt, wenn man energische Umgestaltungen aus dem Herzen und Willen des Volkes sich lebensvoll hervor drängen sieht. Viel tröstlicher ist die demokratische Entwickelung Genfs, aber James Fazy ist auch ein ganz anderer Mann, als Ulrich Ochsenbein. Je mehr seine früheren Freunde ihn verlassen, desto fester steht er, auf die muthigen Proletarier von St. Gervais gestützt, da, und mit desto mehr Consequenz setzt er seine demokratischen Prinzipien durch. Mögen die Herren Liberalen ihn verlassen, das Volk steht treu zu ihm. So hat er den Generalrath durchgesetzt, so jetzt eine spezielle Verantwortlichkeit des Staatsrathes, welches in der Großrathssitzung vom 6. März eine sehr heftige Scene hervorrief. Fazy stellte den Antrag, die Regierungsgeschäfte sollten in Departements getrennt, nnd an die Spitze eines jeden Departements ein Mitglied des Staatsrathes gestellt werden, welches die sein Fach beschlagenden Beschlüsse des Staatsrathes zu unterzeichnen und die spezielle Verantwortung dafür zu übernehmen habe. Als nun großer Lärm darüber entstand, daß ein Einzelner für die Beschlüsse des gesammten Staatsrathes verantwortlich sein sollte, äußerte James Fazy ganz trocken, als die abgetretene Regierung den Beschluß gefaßt habe, das

Volk mit Kanonenkugeln zu begrüßen, das Volk, welches durchaus in seinem Rechte gewesen sei, mit brutaler Gewalt zwingen zu wollen, da würde dieser Befehl nie zur Ausführung gekommen sein, wenn ein Einzelner ihn hätte unterzeichnen und die Verantwortlichkeit dafür übernehmen sollen. Das war ein argumentum ad hominem, was viel böses Blut setzt, besonders als James Fazy mit starken Ausdrücken das Benehmen der abgetretenen Regierung bezeichnete und von Usurpation, Auflehnung gegen den rechtmäßigen Volkswillen und dergl. sprach; meinte aber, er ließe sich das Recht, die frühere Regierung hier und anderwärts anzugreifen, nicht nehmen. Und wurden die Herren von der Opposition in der Vertheidigung der vorigen Regierung immer zorniger, sagten, die Regierung hätte die Ordnung gegen den Aufruhr vertheidigt, wäre im vollen Rechte gewesen, als sie ihre Kanonen auffahren ließ u. s. f., worauf James Fazy kaltblütig erklärte, wer die vorige Regierung vertheidigen wolle, habe eigentlich hier im Saale Nichts zu thun. Ließ übrigens die Herren reden, was sie reden wollten, und begnügte sich damit, daß sein Antrag durchging. Die Neue Zürcher Zeitung meint aus dieser Scene schließen zu können, daß die Bewegung in Genf noch nicht zu Ende sei, und daß die revolutionäre Gluth im Herzen der Bewegungspartheі noch fortbrenne. Glaub's schier auch. Beiläufig zeigt aber diese Scene auch die Humanität der siegreichen Volkspartheі in ehrenvollem schönen Lichte. Welche andere Parthei würde es wohl ertragen, die Gegner, welche sie so eben in gewaltsamem Kampfe gestürzt, auf diese Weise vertheidigen zu hören? sich selber nach erfochtenem Siege mit dem Namen „Empörer" bezeichnen zu lassen, ohne dabei an die zu Gebote stehende Macht zu denken und Gebrauch davon zu machen? ja sogar die Behaubtung, die gestürzte Regierung habe vollkommen Recht gehabt, sie, die Sieger, die jetzt das Heft in Händen haben, mit Kanonen zu beschießen, aussprechen zu lassen, ohne Worten etwas Anderes, als Worte entgegen zu setzen? Wahrlich: dieser „Herr gewordene Pöbel," von dessen „entfesselten Leidenschaften" — wie die klassischen Phrasen lauten — man stets so Entsetzliches zu erzählen weiß, beschämt durch seine Humanität alle die feinen, gebildeten, geordneten und frommen Herren anderer Partheien, deren erster Gedanke nach erfochtenem Siege stets Rache, blutige Rache ist. Hätte es z. B. anno 39 nach der „hehren" Zürcher Bewegung Keinem rathen wollen, von den Besiegten und Siegern in dem Tone zu sprechen, wie es die Genfer Opposition täglich thut, trotz dem daß jene Revolution eine christliche war, und Zürich das Schweizerische Athen ist. Wurden damals schon wegen viel harmloserer Redensarten Leute zur Thür hinausgeworfen. Und wie würde es jetzt in Genf aussehen, wenn die „weisen und erleuchteten" Herren der alten Regierung gesiegt hätten! Was würde dann wohl demjenigen geschehen sein, der auch nur ganz bescheiden geäußert hätte, die Kanonen hätten ihn doch noch nicht ganz von dem Recht der Regierung überzeugt? Wie? ✝✝✝

(Aus Paris im März.) (Katharina Theos und Michelet — das Ministerium — die Noth). In der Sitzung des Nationalkonvents am 27 Prairial Jahr II. wurde auf den Bericht Vadier's

ein 69 jähriges Weib, Katharina Theos, vor das Revolutionstribunal verwiesen und später guillotinirt. Sie war beschuldigt, gegen die Revolution konspirirt zu haben. Der Berichterstatter führte folgende Fakta gegen sie an, die ihm selber so absurd, so lächerlich vorkamen, daß er nur durch die größten Umschweife und durch weitläufige Phrasen, z. B. daß Pitt hinter der Sache stecke und durch Verbreitung von Aberglauben die Contrerevolution hervorrufen wolle, das verlangte Verweisungsdekret vor das Revolutionstribunal zu motiviren vermochte.

„Man muß, sagt der Bericht, schon der Gnade theilhaftig sein, man muß alle irdischen Vergnügungen abschwören, um sich der heiligen Mutter nahen zu dürfen. Man wirft sich vor ihr nieder und ihre Auserwählten werden unsterblich, wenn sie siebenmal das ehrwürdige Antlitz der angeblichen Mutter des W o r t e s geküßt haben. Diese mysteriösen Küsse werden auf eine Kreislinie vertheilt; 2 applicirt man der Stirn, 2 den Schläfen, 2 den Wangen. Aber der siebente, welcher die Erfüllung der sieben Gaben des Heiligen Geistes ist, wird andachts- und ehrfurchtsvoll auf das Kinn der Prophetin gedrückt, an welchem die Katechumenen mit einer inbrünstigen Wollust saugen. Dieser letzte Kuß ist auch das Symbol der sieben Siegel der Offenbarung, der sieben Sakramente des neuen Bundes, der sieben himmlischen Freuden und der sieben Schmerzen der Jungfrau; denn in dem mystischen Kauderwelsch der Weissagungen und der Orakel spielt die Zahl sieben überall mit.

„Die Mutter Katharine nennt sich die zur Gebärung des göttlichen Wortes Auserwählte; sie ist der Eckstein des Gottesreiches auf der Erde; sie ist es, welche die Auserwählten erwählt; sie soll die Soldaten des Herren der Heerschaaren kommandiren; ihr Thron soll wunderbar prächtig aufgerichtet werden neben dem Pantheon in dem einst für die Rechtsschule bestimmten Lokale. Von dort aus wird diese Unsterbliche den Erdball regieren. Ein einziger Blitz wird zerstäuben die Throne, die Heere und alle Ungläubigen der Erde, wird die Berge ebenen und die Meere austrocknen. Sie ist eine neue Eva, welche das durch unsere Ureltern über das Menschengeschlecht gebrachte Unglück wieder gut machen und die Versöhnung verwirklichen soll, welche bis jetzt, wie sie sagt, nur figürlich existirt hat.

„Die Bevölkerung des Erdballes wird auf 140,000 von der heiligen Mutter Auserwählte reduzirt werden (hier haben wir wieder 7 mal 20); diese sind unsterblich, wie sie. Sie werden Lobgesänge singen und ohne Unterlaß in dem irdischen Paradiese, welches sie gründen will, sich ihrer früheren Fleckenlosigkeit freuen.“

Auf eine solche absurde Beschuldigung hin wird ein altes Weib hingerichtet. Die spanische Inquisition und die französischen Hexenproceduren unterscheiden sich durch nichts von diesem elenden Verfahren, als daß jene vielleicht weniger heuchlerisch als diese waren: denn daß dies alte Weib der Revolution gefährlich war, glaubte weder Vadier noch irgend ein Mitglied des Convents; die Verspottung und das Gefühl des Mitleids sind die einzigen Mittel, deren sich die V e r n u n f t gegen diese fanatischen Taschenspielereien bedienen kann — sagt Vadier — aber Alles hilft nichts, denn die Leute hatten den Verstand, la raison, bereits verloren; der

Schrecken in abstracto herrschte, jede Abstraction ist gefühllos, grausam die Abstraction des Schreckens ist darum der schrecklichste der Schrecken. Ich bin fest überzeugt, und es zeigte sich ja auch nach dem 9. Thermidor, daß es meist die der Revolution am wenigsten gefährlichen Menschen waren, welche hingerichtet wurden. Da war das Wer Nebensache, es galt der Revolution: war sie gerettet, mochte auch die ganze Menschheit darüber zu Grunde gehen.

Die Philosophie ist ein furchtbarer Despotismus; wehe dem Volke, das ihr das Schwerdt in die Hände giebt: denn in demselben Augenblick wird sie zum Fanatismus. Auch sie weiß nichts vom Leben, nichts von der Liebe, nichts von der unendlichen Mannigfaltigkeit der menschlichen Bestimmung: Sie reduzirt alle Erscheinungen auf einen Grundton, nimmt ihnen Farbe, Gestaltung, Beziehungen zur Welt, und Leidenschaftlichkeit; selbst im Kampfe mit den Abstractionen bleibt sie abstract, selbst wenn sie zur That aufruft, meint sie eine That in Gedanken! Aber gebt ihr das Schwerdt, die Macht in die Hände, so führt sie es wie sie dachte: sie haut in gewaltigen Hieben auf alles Existirende los, schlägt den Menschen den Kopf und die Beine ab, bis sie ihrer Abstraction, ihrem Ideale gleichen; und käme die Leidenschaft, die liebliche Sinnlichkeit, der Instinkt, (diese herrliche Zwillingsschwester der aristokratischen, hochmüthigen, despotischen Vernunft) nicht mit ihr ins Handgemenge: sie rottete alle Menschen aus, weil sie dem einen, unmöglichen philosophischen Menschenmodel nicht glichen! Arme Katharine Theos! Nachdem der ganze Clerus von der französischen Erde weggetilgt war, dringt die bewaffnete Philosophen-Schaar in dein elendes Kämmerlein, belauscht deine Albernheiten, bespöttelt dich und findet dich trotz dem würdig, dein Blut für die Revolution zu verspritzen! Jetzt haben die Atheisten ihren Gott gerächt, jetzt können sie ohne Angst vor ihrem Götzen dem Atheismus hinstürzen und ihn anbeten ... Alte Katharine du hinderst sie nicht mehr!

Eine ganz moderne, eben so grausame und abgeschmackte Abstraction als die Terreur ist die „Masse“ oder wie man sie hier umgetauft hat „Peuple.“ Sie ist grausam, denn der deutsche Erfinder der Masse ist gezwungen sie zu verachten, die Menschen als Masse unter seiner Hirnschale zu guillotiniren, während Herr Michelet, der französische Bruno Bauer, der Erfinder des Volks, des peuple einen infernalischen Fatalismus predigte, die Thätigkeit und den Willen, den Verstand und das Gefühl jedes einzelnen Menschen leugnet, und alles nicht etwa den Menschen, vielen Menschen, mehreren genau unterschiedenen Personen, sondern einem unentwirrbaren Kneuel, einem gestalt- und willenlosen Chaos, dem peuple zuschreibt. Du glaubst Danton und Robespierre haben irgend eine eigene Thätigkeit gehabt, irgend ein Verdienst um die Revolution? Lies Herrn Michelets Histoire de la révolution française, und du wirst dich überzeugen, daß sie nur die Marionetten waren, an deren Schnüren das Volk zupfte! Natürlich, dann hat auch die ganze französische Menschheit an den Marionetten Callot d'Herbois, Couthon und Eulogius Schneider gezerrt, dann hat sie auch alle Privatniedertracht jener Zeit zu verantworten — und der französische Bruno Bauer müßte sie eigentlich exterminiren? O nein, der Franzose treibt die Consequenz nie bis zur Gemeinheit und

Absurdität: an ihren Grenzen kehrt sie um, und nennt den peuple gut, mitleidig, läßt einen Ouvrier im Faubourg St. Antoine ausrufen: Nous étions tous au 10 Août et pas un au 2. Septembre; was liegt ihm daran, daß der un, der eine Ouvrier, auch nicht das Volk, sondern nach seiner Theorie eben auch nur einer von den Marionetten war, dessen Schnüre die Abstraction Volk leitete! Der Philosoph hat es versucht, den leidenschaftlichen gefühlsvollen Thomas Carlyle nachzuahmen. Welcher Unterschied! Auch Carlyle würdigt die Thätigkeit des Volkes: aber er weiß, daß es aus vielen Individuen besteht, deren Fleisch blutet, wenn man hineinsticht, die alle fühlen und bedürftig sind, wie er selber, die man nur als Masse, als Kanaille, verachten und collective verdammen kann, weil sie im Einzelnen aber nicht als Massen leiden; denn als Massen sind sie nichts; sie erregen nur als einzelne Dulder Mitleid, sprechen nur als Individuen unser Erbarmen an, sind nur alle Helden, wenn sie es auch allein sind. Eine Masse Chinesen, bleibt eben eine Vielheit von chinesischen Lahmlappen und zähen Klumpen, bei einer Sammlung für die überschwemmte Bevölkerung der Loire-Departemente kommen nur unbedeutende Summen zusammen (3 bis 4 Millionen), weil man sich verstandesmäßig zumuthet, das Elend im Großen unbedeutend zu finden, und weil die Reflexion nicht ausreicht, um es im Detail, in dem Schmerzenreichthum der Tausenden von hungrigen, dürstenden, frierenden, ohnmächtigen Menschen zu begreifen oder zu fühlen. Drum ist der Parvenü nur in der ersten Generation wohlthätig: er hat das Elend mitgenossen, er hat das leidende Volk aufgelös't in seine Bestandtheile gesehen: er steht den Leiden noch näher, darum fühlt er Mitleiden: Mitleiden ist ein Band, eine Mittheilung, eine Vereinigung der Leiden: es ist nichts Eingeborenes, sondern eine Qualität, die aus den Umständen hervorgeht, und in der zweiten Generation sind die Umstände der Menschenliebe des Parvenü sehr hinderlich!

Herr Michelet thut, als liebe er das Volk . . . er kennt nur seinen davon entworfenen Begriff, nicht das wirkliche Volk, wie könnt er es lieben! Wehe dir arme Katharina! Auch du entsprichst diesem modelligen Begriffe nicht — armes altes Weib, ich fürchte er wird dich auch guillotiniren!

Wir vermutheten ein Ministerwechsel würde der englisch-französischen Differenz ein Ende machen? Wir glaubten John Bull wäre versöhnt, wenn Lord Palmerston Herrn Guizot vom Thron gestürzt? Wir geben uns gefangen: Wir hatten geirrt! Drüben verlangen sie Alles, — mit wenigem begnügen sie sich nicht, verlangen sie einmal Opfer, so soll der ganze Sünder fallen, und der ganze Sünder ist Frankreich und seine Industrie. O könnten sie aus Frankreich ein zweites Irland machen — zweifelt wer, daß sie's thäten? — Ludwig Philipp hat diesmal, wie immer seine Minister und seine Kammer zum Besten gehabt — er hat auf seine gewohnte Art auch diese Differenz geschlichtet; — d. h. er hat sie auf möglichst alberne Verhältnisse reduzirt, hat sie in einen Etikettenstreit verwandelt, und die Professionspolitik, die Börse und die Kammern (die schüchternen, kriegsunlustigen, baumwollen-pulvernen) feierten mit der Versöhnung des Marquis von Normanby und Herrn Guizots zugleich die

neue Einigkeit der beiden Nachbarstaaten. — Natürlich ist dies allerdings nur Trug und Scheinwesen: Lord Palmerstons Protestation gegen die spanische Heirath und die Consequenzen derselben besteht fort, und es ist kein englisches Ministerium denkbar (es wäre denn ein chartistisches!) das diese Protestation gegen die Ausdehnung Frankreichs an den Küsten des Mittelmeers zurücknähme. Aber auf die lange Bank ist diese Differenz geschoben, wie so viele andere — kommt einst ein Krieg, so wird das Schwert mit einem Hiebe viele Wirrsale und Kneuel zu lösen haben! „den alten König hält dies System aus," und lebte er auch noch zehn Jahre, und in zehn Jahren ist das junge Bourgeois-Frankreich schon wegen seines Centralisationssystems wieder der ehemalige Riese. —

Dies erzähle ich Ihren Lesern nur als einen Beweis, daß man, wenn man sich recht anstrengt, die Politik nicht ganz über den drückenden Sorgen des Tages vergißt: denn die Last ist groß, und was man durch die allgemeine Theuerung auch nicht selber erleidet, das spricht in schmerzenvollen Worten aus Viel tausend thränenreichen Augen zu uns. Ein Weib verdient hier in den Fabriken im Durchschnitte 24 Sous und das vierpfündige Laib Brod kostet 25 Sous — einen Sou mehr hat die Arme täglich für Brod auszugeben, als sie verdient. Der Aufruhr wälzt sich durch alle Provinzen Frankreichs: was der Boden zu erzeugen sich weigerte, das soll heute durch die Sicherheit des Handels ersetzt werden: damit der Handel sicher sei, muß jede Extravaganz des hungrigen Klagens gewaltsam unterdrückt werden — und die Geschworenen verstehen in solchen Dingen ihr Geschäft — von den Aufrührern in Buzencais haben sie 3 zum Tode, 4 zu lebenslänglicher Zwangsarbeitsstrafe und 10 zu zeitlicher Zuchthausstrafe verurtheilt. Wie das Alles im Monat April, Mai und Juni werden soll — das mögen die Götter wissen. Daß die Agiotage — im criminellen Sinn — daran nicht schuld ist, unterliegt keinem Zweifel. Die Agiotage dagegen, wie sie das Civilgesetz duldet, das Accaparament, das in der regelmäßigen, geduldeten, unter dem heutigen System nothwendigen Speculation der Produzenten und honetter Handelsleute besteht, das Zuwarten der Verkäufer, bis die Producte den höchsten Werth erreicht haben — dies ist eben so sehr schuld an der Theuerung, als die schlechte Ernte. Daß die Regierung dies Prinzip, diese ihre Lebensbedingung durch alle Mittel der Gewalt in Schutz nehmen muß, das versteht sich von selbst, — daß dieser Schutz abermals auf den Schultern der ohnehin schon genug Bedrückten lastet, ist eine mahnende Wahrheit: — doch es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß auch auf diese Mahnung nicht gehört werde.

Erklärung und Warnung.

Die Aachener Ztg. vom 2. März (Nr. 61) bringt in einer Correspondenz aus Königsberg einige meine Person betreffende Zeilen, die fast eben so viele Lügen als Worte enthalten. Der Correspondent macht mich zum Grundstückbesitzer; — ich besitze nichts als meine Feder. Er verlobt mich mit einem reichen Mädchen, das er auf eine pöbelhafte Weise näher bezeichnet; — ich habe weder eine reiche noch eine arme Braut. Er läßt

mich in einer öffentlichen Versammlung einen Vortrag halten, in welchem ich aus eigener Erfahrung dem preuß. Gefängnißwesen alles Lob nachsagte; — ich habe in der städtischen Ressource vor vielen Hunderten meiner Mitbürger über unser Gefängnißwesen, soweit ich solches zu beobachten Gelegenheit gehabt, gesprochen, dasselbe jedoch nicht gelobt. Der Schluß, welchen der Correspondent aus dieser seiner Lüge auf meine Harmlosigkeit macht, die der Regierung keinen Anlaß zu Mißfälligkeiten geben will, zerfällt demnach wiederum in eine Lüge. Endlich läßt mich der Correspondent von der hiesigen Geldaristokratie sehr reichlich unterstützen und ein höchst sorgenloses Leben führen. Mein gegenwärtiges Leben ist indeß eben so sorgenvoll als das eines unbegüterten, durch einjährige Festungshaft in seiner Thätigkeit gestörten Schriftstellers, der weder durch schmerzliche Erlebnisse, noch durch die Unsicherheit seiner Existenz, noch durch die Gefahren, von welchen die rücksichtslose Manifestation einer freien politischen Ueberzeugung bedroht ist, sich je abhalten lassen wird, treu zu bleiben dem Wahlspruche, zu dem er sich mit Wort und Feder stets freudig bekannt hat. Meinen Königsberger Mitbürgern brauche ich wohl nicht weiter darzulegen, daß der Aachner W.-Corresp. offenbar zu jenen Leuten gehöre, welche, wie bereits die Hartungssche Ztg. vor Kurzem bei ähnlicher Veranlassung erwähnt, der §. 6 des Statuts der städtischen Ressoure der Ehre dieser Versammlung von unbescholtenen Bürgern beizuwohnen für verlustig erklärt hat. Die Redactionen und Leser auswärtiger Blätter muß ich indeß bei dieser Gelegenheit vor den Pfützen warnen, welche von Königsberg aus fast die meisten deutschen Zeitungen in lügenhaften, schmutzigen Correspondenzen zu überrieseln anfangen. Ich werde, wie ich's früher mit Bezug auf den Rheinischen Beobachter gethan, in einer besonderen Brochüre dem vaterländischen Publicum erzählen, wie bedeutend gestellte Persönlichkeiten mit der Königsberger Pöbeljournalistik hinter den Coulissen fraternisiren und für wen eigentlich viele hiesige gemeine Observanten mit der Feder in der Hand zu schaarwerken haben.

Alle ehrenhaften deutschen Redactionen bitte ich um Aufnahme dieser Erkärung und Warnung."

Königsberg, 10. März 1847. **L. Walesrode.**

Weltbegebenheiten.

März.

Preußen. Es ist mir nicht gelungen, die Hindernisse zu beseitigen, welche sich einer Besprechung der Verordnungen vom 3. Februar über die neuen ständischen Einrichtungen entgegen stellten; ich will aber lieber ganz darüber schweigen, als meinen Standpunkt, meine Anschauungs- und Darstellungsweise verläugnen. Unter Umständen ist auch das Schweigen Pflicht; lieber schweigen, als schnurrend wie ein Kätzlein um den heißen Brei der Wahrheit herumschleichen; lieber schweigen, als

seiner Ansicht durch eine Zuthat von obligaten Lobeserhebungen, von überfließender Loyalität, von vertrauensvoller Ergebenheit, wie etwa Hr. Brüggemann langweiligen Andenkens, den Legitimationsschein erkaufen; lieber schweigen, als seine Meinung durch diplomatische Wendungen und bombastische Phrasen verhüllen, wie es die „Augsb. Allg. Ztg." macht, so daß am Ende Niemand mehr weiß, worauf sie hinaus will; lieber schweigen, als sich mit blasirtem Ironisiren über den Konflikt zwischen der eigenen und der offiziellen Ansicht hinweghelfen, wie es die „Berliner Zeitungshalle" thut, um auf diese Manier eine klägliche Beruhigung ihres Gewissens zu gewinnen. Solche Hindernisse, solche Beweggründe bitte ich den Leser in der Regel vorauszusetzen, wenn er etwa die Besprechung einer wichtigen Frage, eines wichtigen Ereignisses der Zeit in diesem Blatte vermissen sollte. Ein Journalist, der seine Aufgabe redlich erfüllen, der seine Unabhängigkeit wahren, seiner Ueberzeugung nie und nimmer untreu werden will, kann unter gegenwärtigen Verhältnissen nicht anders handeln. Hoffentlich aber werden die Verhältnisse, welche zu dieser Handlungsweise zwingen, am längsten gedauert haben. Einige Zeitungen haben es rühmend hervorgehoben, daß noch kein Blatt einen vom Ober-Censur-Gericht freigegebenen Artikel über die Verfassungsangelegenheit gebracht habe. Sie haben daraus den Schluß gezogen, daß eine allseitige freie Besprechung derselben durch die Censur nicht verhindert worden sei. Mir scheint nach Obigem, als könne man mit demselben Rechte daraus schließen, daß das O. C. G. in diesen Fällen stets mit der Lokalcensur einverstanden gewesen ist — und dann nimmt sich die Sache allerdings etwas anders aus. —

Der Vereinigte Landtag wird bald, am 11. April, zusammen treten; wir werden also in wenigen Tagen erfahren, was wir von ihm zu hoffen haben, welcher Richtung die Deputirten angehören, welche Haltung die Abgeordneten des Volkes der Regierung gegenüber einnehmen werden. Der Gang, den die Debatten muthmaßlich nehmen werden, läßt sich nicht einmal annäherungsweise bestimmen. Die wichtigsten Vorfragen werden sein:

1. Hält sich die Versammlung ohne Weiteres befugt, ihre Berathungen zu beginnen, auf *alle* Propositionen einzutreten, da sie doch nur zu *Provinzialständen* gewählt sind?
2. Oder wird sie das Recht in Anspruch nehmen, die Verordnungen vom 3. Februar erst zu begutachten, da nach dem Gesetz v. 5. Juni 1823 alle Gesetze, welche Veränderungen in Personen- und Eigenthumsrechten bedingen, der Berathung der Provinzialstände unterliegen?
3. Oder wird sie, diesen direkten Weg vermeidend, dem Könige nur in einer Adresse ihre und des Landes Ansichten und Wünsche über die neuen ständischen Verordnungen, über die Lage und Stimmung des Volkes überhaubt darlegen?
4. Wird sie es mit dem Begriffe des „Vereinigten Landtages," der an die Stelle der einst verheißenen Reichsstände tritt, vereinbar finden, daß die Vertretungen der einzelnen Provinzen als solche gesondert bleiben, oder wird sie eine organische Gliederung der Versammlung, die den ganzen Staat vertreten soll, für nöthig halten, so daß die

Deputirten ihre Plätze nicht nach ihren Provinzen, sondern nach ihren Meinungen wählen müßten? —.

Wir werden bald erfahren, ob der Landtag auf diese Fragen, zu welchen noch vor allen regelmäßige Zusammenkunft des Landtages in bestimmten Zwischenräumen kommt, eintritt und wie er sie entscheidet. Von der Geschäftsordnung verlautet noch nichts Bestimmtes. Die von den Zeitungen mitgetheilte Nachricht, daß dem Landtage nicht das Recht zugestanden werden sollte, die ihm von der Regierung vorgelegten Propositionen einer Kommission aus seiner Mitte zur näheren Prüfung und Berichterstattung zu überweisen, daß er vielmehr sofort auf die Berathung der Propositionen eintreten müßte, scheint mir doch zu unwahrscheinlich. Denn es ist selbstredend, daß damit alle Gründlichkeit der Berathungen abgeschnitten wäre; eine so spezielle Kenntniß aller Verhältnisse wird schwerlich ein Deputirter haben, daß er ohne alle Vorbereitung die Richtigkeit der mitgetheilten Data übersehen und darnach ein motivirtes, sachkundiges Urtheil abgeben könnte. Im Uebrigen wird von vielen Städten gemeldet, daß die an die Provinzialstände gerichteten Petitionen, die meistens im Sinne des liberalen Fortschrittes gehalten waren (Ausdehnung des Wahlgesetzes, Oeffentlichkeit der ständischen und städtischen Verhandlungen, Preßfreiheit, Jury, Gleichstellung aller Konfessionen und Religionen in staatlicher Beziehung, Aufhebung der Mahlsteuer 2c. 2c.), von den betreffenden Deputirten (auch von denen Berlin's) zu den ihrigen gemacht seien. So würden sie also doch an den Vereinigten Landtag gelangen, an welchen einzelne Gemeinden, Korporationen und Personen bekanntlich keine Petitionen mehr richten dürfen. Der mehrmals, namentlich auch von den Berliner Zeitungen in Aussicht gestellten vollständigen Veröffentlichung der Verhandlungen mit Nennung der Namen der Redner ist wenigstens bis jetzt nicht widersprochen worden. —

Für die städtischen Behörden ist kürzlich in Berlin eine in der Praxis wichtige Entscheidung erlassen, daß nämlich das Kollegium der Stadtverordneten keine Eingabe an die oberen Behörden machen darf ohne Betheiligung des Magistrats. Die Veranlassung war der früher in diesen Blättern erwähnte Antrag der Berliner Stadtverordneten auf ein Ausfuhrverbot für Spiritus und Getraide, welchen sie direkt einreichten, da der Magistrat sich nicht daran betheiligen wollte. Da nun aber die Stadtverordneten-Versammlung die *gesetzgebende* städtische Behörde ist, der Magistrat aber nur die *ausführende*, so sollte man meinen, derselbe dürfe seine Betheiligung nur dann versagen, wenn *gesetzliche Gründe* der Ausführung des Antrages entgegen stehen, nicht aber, wenn ihm der Antrag bloß nicht gut dünkt oder wenn ihm sonst nach seiner subjektiven Ansicht die Unterstützung desselben nicht beliebt. Denn die Ansicht der Stadtverordneten muß hier maaßgebend sein, ihr hat der Magistrat die seinige unterzuordnen, da er eben keineswegs zu einer büreaukratischen Bevormundung, sondern einfach zur Ausführung der Beschlüsse der Stadtverordneten bestellt ist. Jene Verfügung ist aber sehr allgemein gehalten und stellt diese Verhältnisse nicht näher fest. —

Wir scheinen dem lange erwarteten Preßgesetze um einen Schritt näher gerückt zu sein; die Haltung des Vereinigten Landtages wird viel

dazu beitragen, ob derselbe wirklichen Erfolg haben wird. Aus Frankfurt wird nämlich gemeldet, der preußische Gesandte, Graf Dönhoff habe bei dem Bundestage im Namen seines Herrn die Abfassung eines die Freiheit der Presse nach dem Repressivsysteme bedingenden Preßgesetzes beantragt; d. h. die Censur, das Prohibitivsystem, sollte aufhören und der Schriffsteller nur für die Ueberschreitungen des noch näher zu bestimmenden Erlaubten bestimmten Strafen unterworfen werden. Baiern und Würtemberg wären diesem Antrage sofort beigetreten; die kleineren konstitutionellen Staaten, wie Baden, dessen Ministerium schon längst ähnliche Schritte verheißen hat, werden das ebenfalls thun. Wir wollen uns keine Illusionen über das zu erwartende Gesetz machen. Die Gefahr für die Schriffsteller wird jedenfalls dadurch vermehrt werden. Einmal werden die Grenzen des Erlaubten enge genug gezogen werden, und dann läßt sich dasselbe auch nie in den Gesetzesparagraphen so präcis bestimmen, daß es nicht einer sehr verschiedenen Auslegung fähig wäre. Vermindert wird diese Gefahr, wenn die Beurtheilung der Strafwürdigkeit einem Geschworenengerichte anvertraut wird. Darauf wird aber das neue Gesetz schwerlich eingehen; die Beurtheilung wird wahrscheinlich den von der Regierung angestellten Richtern, wenn nicht gar Administrativ-Beamten übertragen werden, wodurch die Schriftsteller natürlich in eine um so bedenklichere Stellung gerathen. Wie dem aber auch sei, wir wollen die Aufhebung der Censur, die wie ein Alp den freien Aufschwung der Presse erdrückt, mit Freuden begrüßen. Es werden sich Männer genug finden, denen ihre innersten Ueberzeugung mehr gilt, als die etwa zu befürchtenden Konflikte mit der Staatsgewalt. Und obgleich das Preßgesetz wahrscheinlich durch hohe Geldstrafen, Cautionen u. dgl. Mittel genug haben wird, einzelne Blätter materiell zu vernichten, so werden sich doch Organe bilden, in denen das freie Wort kühn und offen ohne Umschweife und Verhüllungen erklingt. —

Manche gaben sich der Hoffnung hin, daß die Verordnungen vom 3. Febr. der Anfang der Auflösung des intimen Verhältnisses mit Rußland und Oesterreich sein würden, und in der That scheint die russische Regierung nicht ganz ohne Besorgniß bei der Sache gewesen zu sein; vielleicht war das mit eine Veranlassung zu dem famösen französischen Rentenkauf. In der „Augsb. Allg. Ztg.,“ dem hoffähigen Organe der hohen Diplomatie, wird dagegen versichert, daß Preußen trotz aller Gerüchte fest an der Allianz mit den konservativen Höfen halte und daß der Minister des Auswärtigen, Hr. v. Canitz, bereits eine Demonstration vorbereite, um dieses fernerweite herzliche Einvernehmen aller Welt kund zu thun. Ob unter dieser Demonstration die inzwischen erschienene Staatsschrift, welche die Einverleibung Krakau's durchaus gerechtfertig findet, zu verstehen sei, weiß ich nicht gewiß.

Wir haben wieder mehrere interessante Thatsachen aus dem Gebiete der Justiz und der Polizei zu melden. Gegen den bekannten ehemaligen Gerichtsrath Hrn. Simon ist die Einleitung einer Untersuchung nach eingeholtem Gutachten des Staatsrathes beschlossen wegen seiner Schrift über die Verordnungen vom 3. Februar: „Annehmen oder ablehnen?“ — Bei dem Dr. Borchard in Breslau wurde eine Haussuchung abgehalten, weil

er dem Buchhändler Trewendt eine Schrift zur Vertheilung an die Landtagsdeputirten übergeben hatte. Die Möbel wurden mit Gewalt geöffnet, da Hr. Borchard die Herausgabe der Schlüssel beharrlich verweigerte, weil kein gesetzlicher Grund zur Haussuchung vorhanden sei; übrigens soll dieselbe kein Resultat gegeben haben. Graf Reichenbach, der schon wegen einer allem Anschein nach resultatlosen Untersuchung, wegen Verbreitung eines verbotenen Buches als Landtagsabgeordneter nicht bestätigt wurde, hat jetzt auch für seine Wahl zum Landschafts-Direktor die Bestätigung nicht erhalten. — Advokat Crelinger zu Königsberg, eine der Haubtstützen der liberalen Partei, ist zur Strafe nach — Hinterpommern in ein kleines Städtchen versetzt, was er natürlich nicht annehmen wird. Ebenso sind Tribunalsrath Ulrich und Assessor Graf zur Lippe gegen ihren Willen versetzt. — Die Frau Lehmann in Königsberg war mit der dortigen Polizei über ihre Hosen in Streit gerathen und bat den König, ihr die von der Polizei verbotenen Männerkleider zu gestatten. Das Gesuch wurde abgeschlagen; „das Tragen von Hosen u. s. w., heißt es in dem Gutachten des Ministers v. Bodelschwingh, sei zwar an sich landrechtlich den Weibern nicht verboten; im vorliegenden Falle könne es aber nicht gestattet werden, weil es aus unsittlichen Ideen hervorginge.“ — Der Dichter Gottschall ist wegen Vorlesen seines Trauerspiels „Thomas Münzer“ zur Untersuchung gezogen. — Wegen Publikation der Vota der einzelnen Richter, welche für oder gegen die Freisprechung des Dr. Johann Jakoby gestimmt hatten, ist eine Untersuchung eingeleitet wegen Verletzung der Amtsverschwiegenheit.

Der Lieutenant Windel, der einst den Buchhändler Helmich tödtlich verwundete, ist begnadigt. — Dronke ist nun wirklich vor das Korrektionsgericht zu Koblenz verwiesen und darf seitdem keine Besuche mehr empfangen, die sonst gerade nach dem Schluß der Untersuchung gestattet werden. Die Anklage, auf Majestätsbeleidigung lautend, wird bei verschlossenen Thüren verhandelt werden. — Der im vorigen Heft erwähnte Boldermann-Wondtkische Prozeß hat ein unerwartetes Ende genommen. Nachdem das Landgericht den Konpetenzkonflikt verworfen hatte, erschien eine Cabinetsordre, „daß der Proceß gegen v. Wondtke, der an der Verwundung des Boldermann ganz unschuldig sei, nicht eröffnet werden, daß dagegen gegen einen Gefreiten als muthmaßlichen Thäter ein kriegsrechtliches Verfahren eingeleitet werden solle.“ (Demnach scheint das Militair doch nicht so ganz schuldlos von einzelnen Excessen in den Augusttagen dazustehen, als die ersten Bekanntmachungen versicherten.) Gleichzeitig erklärte das Generalkommando, daß v. W. sich keinerlei Ueberschreitung seiner Dienstbefugnisse habe zu Schulden kommen lassen. Der Gerichtshof entschied demnach, der Kompetenzkonflikt sei nun erledigt; was die Civilansprüche des Boldermann angehe, so solle die Gerechtigkeit ihren Lauf haben. Hr. v. W. appellirte an den Appellhof; dieser wies die Civilklage als unbegründet ab und verurtheilte B. in die Kosten beider Instanzen. So verschieden sind die Ansichten zweier unmittelbar neben einander stehenden Gerichtshöfe in einer so einfachen, stadtkundigen Sache. Der B. ist an der Hand gelähmt und seine Klage ist unbegründet. — Nach dem Vorgange von Lippe-Detmold hat die Regierung die vom Bundestage beschlossene Ausdehnung der

bekannten Bundestags-Beschlüsse vom Juni 1832 gegen politische Versammlungen und Verbindungen auf dergleichen kommunistische publizirt, ohne näher zu definiren, was als kommunistische Versammlung oder Verbindung anzusehen sei. —

In Breslau kam es zu einem nicht unbedeutenden Arbeitertumult; verschiedene Polizeibeamte wurden mißhandelt, Fenster eingeworfen und erst nach zahlreichen Verhaftungen gelang es dem Militair, welches mehrmals angriff und Viele verwundete, den Aufläufen ein Ende zu machen. Die Stadt hatte nämlich, um den Arbeitern Beschäftigung zu gewähren, einen Graben ausschlemmen lassen. Mit dem Eintritt der milderen Jahreszeit wurde dieses Unternehmen eingestellt; die dadurch brodlos gewordenen Arbeiter zogen erbittert auf die anderen Bauplätze und verlangten, daß die auswärtigen Arbeiter entlassen werden sollten, damit sie, die einheimischen, an ihre Stelle treten könnten. So entstanden die Aufläufe. Uebrigens sind auf eine Deputation der Arbeiter an den Oberpräsidenten von der Stadt neue Arbeiten angeordnet, wobei wenigstens ein großer Theil derselben wieder Beschäftigung gefunden hat. — Das Elend im schlesischen Gebirge ist natürlich in diesem Jahre des Mißwachses und der Theuerung drückender, als je, so daß man in manchen Weberdistrikten mit Besorgniß neuen Ausbrüchen der Wuth und Verzweifelung entgegensieht. Die Noth tritt aber auch in anderen gewerbreichen und sonst wohlhabenden Gegenden immer greller hervor. In Remscheid z. B. verschlingt die Armenpflege die Hälfte des Gemeindebedarfs, und außerdem muß noch $1/6$ der Gemeinde, Arbeiter, die sonst stets fertig wurden, außerordentlich unterstützt werden. Aehnliche außerordentliche und zwar bedeutende Unterstützungen sind fast in allen Städten Westphalens nöthig geworden. Ein Korrespondent in Nr. 69 der „Köln. Ztg." behaubtet, daß die handarbeitende Klasse in Remscheid durch die Erhöhung des Eingangszolles auf Stabeisen von 1 Thlr. auf $1\,1/2$ Thlr. jährlich 30,000 Thlr. verlöre. Wie in Gladbach habe die Regierung dem ganzen Kreise 12,000 Thlr. zur Förderung des Gewerbfleißes bewilligt; das sei zu wenig zur Förderung des Exporthandels, in Almosen zersplittert, würde die Summe auch wenig nutzen, man solle sie also zur Erforschung des chinesischen Marktes verwenden, um durch den vermehrten Absatz den Arbeitern nachhaltig aufzuhelfen. Es ist zwar richtig, daß die Almosen keine nachhaltige Hülfe gewähren; aber es handelt sich auch besonders um Linderung eines ungewöhnlichen, außerordentlichen Nothstandes. Und da sind wir der unvorgreiflichen Ansicht, daß man den nothleidenden Arbeitern auch eine kleine Hülfe nicht entziehen dürfe, um den überreichen Kaufherren die Erforschung eines Marktes zu erleichtern, den sie doch haubtsächlich für sich ausbeuten werden. Die Mittel dazu können sie füglich selbst aufbringen. —

Die Veröffentlichung des im vorigen Hefte erwähnten Briefes an den König ist der Akademie sehr unangenehm gewesen. Sie hätte die Sache gern als eine kleine Familienangelegenheit in der Stille abgemacht; auch sind nicht alle Mitglieder mit der von Hrn. Professor Böckh beliebten Fassung einverstanden gewesen. Der Redakteur des „Rhein. Beob.," Herr Bercht, der nun einmal vom Schicksal dazu bestimmt ist, von allen Seiten Rippenstöße zu empfangen, wie weiland der tapfere Don Quixote trotz sei-

nen edelmüthigen Absichten, ist für seine vorwitzige Veröffentlichung mit einem derben Verweise regalirt. Hr. v. Raumer soll aus der Akademie ausgetreten sein; vielleicht hat Hr. Bercht gehofft, dereinst dessen Lehrstuhl der Geschichte einzunehmen. —

Hamburg. Ein Berliner Bürger „Hr. Nickau, seines Zeichens ein Wunderdoktor, erzählt in der „Berl. Ztgs. Halle,“ daß er in Hamburg erst ausgewiesen, dann von der Polizei arretirt und im Gefängnißlokale von den Polizeibeamten auf empörende Weise mit Schlägen und Stößen mißhandelt sei. Der Hamburger Senat ist allerdings nicht verpflichtet, weder Wunder zu thun, noch Wunder thun zu lassen. Er konnte deßhalb unbedingt dem Wunderdokter seine Wunderpraxis untersagen und ihn auch ausweisen, wenn er die dortigen Medicinalgesetze nicht beobachtete. Wenn aber nur der zehnte Theil von Hrn. Nickau's Erzählung wahr ist, so ist nicht zu begreifen, daß die preußische Regierung nicht sofort energisch die vollständigste Genugthuung für eine solche barbarische Behandlung eines preußischen Bürgers gefordert hat. Bis jetzt habe ich aber darüber Nichts in den Zeitungen gefunden; Engländer oder Franzosen würden bei solcher Beschimpfung eines Landsmannes nicht so lange auf sich warten lassen.

Sachsen. Eine gewaltig stürmische Sitzung hat noch am Schlusse des außerordentlichen Landtages stattgefunden. Es war über den ersten Theil eines Kommissions-Berichtes abgestimmt; als nun am anderen Tage der zweite Theil zur Berathung kommen sollte, verlangte der Vicepräsident v. Thielau sofortige Abstimmung und gestattete keinem Deputirten, das Wort zu nehmen. Darüber mußte er namentlich vom Abg. Joseph, der stets die Büreaukratie energisch bekämpft, sehr harte Worte hören und bot deßhalb seine Entlassung als Vicepräsident an. Die Regierung nahm dieselbe natürlich nicht an; Hr. v. Thilau hat erst kürzlich seinen Einzug in das ministerielle Lager aus den Reihen der Liberalen bewerkstelligt. —

Weimar. Bekanntlich ist es eine der hausbackenen spießbürgerlichen Ansichten, daß in Deutschland die Noth so arg nicht wäre, weil man nicht so viel davon hörte. Man höre, wie das zuweilen zugeht; der weimarische Landtag hat einen trefflichen Belag für die Richtigkeit dieser Ansicht geliefert. Durch eine Beschwerde des Abg. Eichler kam es nämlich an den Tag, daß die Censoren alle Berichte über die Noth im eisenachischen Oberlande für die „Weimarische Ztg.“ hartnäckig gestrichen hatten, „um die Gemüther nicht noch ängstlicher zu machen.“ O über die gefühlvollen Leute, die aus lauter — Gefühl gerade handeln, wie der Vogel Strauß! — Abg. Heuß wird einen Antrag auf Erlaß einer Städteordnung, Reling auf Errichtung eines Landes-Kredit-Vereins und auf ein Wildschadengesetz stellen.

Hannover. Die zweite Kammer hat die von der Regierung vorgelegte Gewerbeordnung angenommen. Da durch dieselbe an die Stelle des Zunftzwanges die freie Konkurenz, die Gewerbefreiheit gesetzt wird, so beantragte sie konsequent, daß fernerhin auch Buchhandlungen, Zeitschriften und Zeitungen keiner Konzession mehr bedürfen sollten. Die erste Kammer verwarf diesen Zusatz und in der mit ihr deßhalb abgehaltenen Konferenz war die zweite Kammer, trotz des Widerstandes einzelner Deputir-

ten (Sandvoß u. a.), schwach genug, ihren Beschluß fallen zu lassen. So vernichten in deutschen Ständeversammlungen leider sehr oft unentschlossenes Schwanken und feige Nachgiebigkeit das Gute, was geleistet werden könnte. Und nachher gibt man dann wohl gar solche Triumphe der Reaktion, solches Gutheißen aristokratischer und büreaukratischer Anmaßung für eine „im Interesse der „guten Sache" wohlberechnete Klugheit" aus. — Die zweite Kammer hat auch den Antrag Schmidt's angenommen, daß die Forstbeamten des entsetzlichen Rechtes, sogar auf fliehende Wildfrevler schießen zu dürfen, beraubt werden sollten; denn da kein Wildschadengesetz existirt, so werden haubtsächlich Leute, die ihre Saaten gegen gefräßige Gäste vertheidigen, um die Früchte ihres Schweißes zu ernten, die Opfer dieses barbarischen mittelalterlichen Vorrechts. Ebenso hat die Kammer in Kriminalsachen den Anklageprozeß und Unmittelbarkeit und Oeffentlichkeit der Schlußverhandlung zum Schutz des Angeklagten und zur Abkürzung des Verfahrens beantragt. Da aber die erste Kammer beiden Anträgen schwerlich beitreten wird (dem ersten, als die „noblen Passionen" gefährdend, sicher nicht), so fürchte ich sehr, daß die zweite Kammer sie wieder im Interesse der guten Sache und des guten Einvernehmens wird fallen lassen.

Hessen-Kassel. Die Reaktion schreitet immer weiter fort und wird fast naiv. Der Professor Hildebrand wurde bald nach seiner Suspension gefänglich eingezogen; er hatte mit dem obersten Polizeimanne zu Marburg immer in sehr schlechten Vernehmen gestanden, namentlich als er nach einer Denunziation die Ausschließung desselben aus dem Lesemuseum erwirkte. Das Obergericht hob die Haft sofort als nicht gerechtfertigt auf und man erwartet deßhalb bald von Versetzungen u. dgl. zu hören. Gegen 5 Professoren, die sich für Hildebrand bei der obersten Behörde verwandt hatten, ist eine Untersuchung eingeleitet. — In Rinteln wurde eine Dankadresse an den liberalen Deputirten Schwarzenberg erlassen, an der sich auch der Stadtrath betheiligte; — alsbald wurden die Arbeiten an der Brücke, welche vielen Arbeitern Unterhalt gewährte, eingestellt, der Stadt selber zur Strafe, Jedermann aber zum abscheulichen Exempel. Einige Spießbürger haben sich durch diese Maaßregel wirklich zu einer Loyalitäts-Adresse bewegen lassen, um den mißliebigen Eindruck jener Dankadresse zu verwischen. Bei solcher Verläugung aller politischen Gesinnung aller männlichen Konsequenz, wird die Verwunderung über die Möglichkeit jener Maaßregeln und Zustände anno 1847 allerdings bedeutend vermindert.

Hessen-Darmstadt. Bei dem Schrei der Entrüstung, welcher Deutschland bei der Nachricht von den „halbvertrockneten Hautwunden" an Weidig's Leiche durchdrang, die nach dem Gutachten der Aerzte nur durch Schläge entstanden sein konnten und die in der öffentlichen Meinung als eine Haubtveranlassung des geheimnißvollen Todes dieses unglücklichen Volksfreundes galten, hätte man meinen sollen, die Prügel müßten aller Orten aus dem Gerichtsverfahren verschwinden und am ersten in Darmstadt. Aber so geschwind geht das nicht. Als Strafe sind sie zwar abgeschafft, aber bei der Untersuchung bestehen sie noch zu Recht. Welche Konsequenz! Jetzt hat das darmstädtische Ministerium deßhalb ein Reskript an die Obergerichte erlassen, in welchem vorgeschlagen wird, die Prügel

auch bei der Untersuchung abzuschaffen. „Sie werden mit uns einverstanden sein, schließt das Reskript, und darnach die Ihnen untergebenen Gerichte bedeuten.“ Wenn aber die Obergerichte nun nicht einverstanden sind, wie dann? Die Obergerichte theilen jenes Reskript den Untersuchungsgerichten „zur Nachricht und Bemessung“ mit. Von einem Prügelverbot ist keine Rede. In Zukunft wird also nur noch geprügelt, wenn ein Obergericht mit jenem Reskripte nicht einverstanden ist, oder wenn eine Untersuchung die Prügel doch für passend „bemißt.“ Welch' organischer Fortschritt! —

Baiern. Die wundersame Geschichte von dem Sturze des Ministerium Abel durch die spanische Tänzerin Lola läßt sich jetzt deutlich übersehen; sie konnte übrigens außer Deutschland höchstens noch in Italien und Rußland passiren. Die Jesuiten (Hr. v. Abel) fühlten wohl, daß ihre Stelle im 19. Jahrhundert eigentlich eine Abnormität sei. Sie machten einen Desperationscoup, um entweder mit Eclat zu fallen, oder den König, wie das Land, gänzlich unter ihre Herrschaft zu beugen. Letzteres versuchten sie durch Einschüchterung; sie sagten ihm in dem bekannten Memorandum über seine persönlichen Beziehungen Dinge, wie sie wohl kaum je einem Souverain gesagt sind; zugleich gaben sie vor, das Land stände am Vorabend einer Revolution, im Volke gähre es schrecklich, auf das Militair könne man sich nicht verlassen u. s. w. Der König glaubte das nicht, und da ihm die Ausdehnung der jesuitischen Herrschaft auf seine Person und seine Liebhabereien doch sehr unbequem wurde, so entließ er das Ministerium und versetzte einige, besonders eifrige jesuitische Professoren der Universität. Der Auflauf gegen Lola ist wahrscheinlich von dieser Partei angeregt, wie sich denn sehr viele Studenten der katholischen Theologie dabei befunden haben sollen, und in so fern mag Lola Recht haben, wenn sie sich in „Times“ und „National“ als ein Opfer der Jesuiten hinstellt. Mit jenem Personenwechsel in den höheren Staatsämtern ist übrigens wahrscheinlich die ganze Geschichte abgemacht. Ich bin nicht sanguinisch genug, an einen Prinzipienwechsel zu glauben, wenn gleich sich schwerlich alsbald wieder ein Staatsmann findet, der die Konstitution so geschickt auszubeuten versteht, als der gescheute und sehr energische Hr. v. Abel. Von der Morgenröthe und sonstigen schönen Sachen, die Viele jetzt über Baiern anbrechen zu sehen erwarten, kann ich noch eben nichts gewahren. Die Zeitungen dürfen jetzt ein bischen über Abel und den Ultramontanismus raisonniren, weil er in Ungnade gefallen ist — voil à tout. Uebrigens ist Hr. v. Abel mit Gehaltserhöhung zum Gesandten in Sardinien ernannt, wo er bequem mit den dortigen und schweizerischen Jesuiten wieder anknüpfen kann. Und der österreichische Gesandte in München, der im ersten Schreck und Verdruß über den vermeintlichen Sturz des jesuitischen Systems ohne Abschied abreißte, wird wohl bald zurückkehren, wenn er sieht, daß die Sachen so schlimm nicht stehen, als er erst dachte.

Baden. Das liberale Ministerium Bekk, welches sich jetzt noch Hrn. Trefurt, als Justizminister zugesellt hat, tritt mit großer Leichtigkeit in die Fußstapfen seiner Vorgänger. Zu Mannheim bestand ein Handwerkerverein, dessen Glieder es sich zur Aufgabe gestellt hatten, das wüste Herbergsleben zu verdrängen und sich durch Gespräch und Lektüre weiter aus-

zubilden. Sie hatten sich dazu ein freundliches Lokal eingerichtet, wo sie des Abends musizirten, sprachen und lasen. Hecker, Struve, Grose und andere Demokraten gingen zuweilen hin zu den Handwerkern, um sie in ihren Bestrebungen aufzumuntern und zu unterstützen. Hatte man schon vorher den geistigen Aufschwung jener jungen Leute an der Stelle des gedankenlosen früheren Kneipenlebens mißtrauisch beobachtet, so genügte jener Besuch Heckers und seiner Freunde, den Verein vollends dem liberalen Ministerium Bekk verdächtig zu machen. Obgleich nun alle Minister die Gesellen des Vereins als die bravsten und sittlichsten rühmten, so wurde derselbe doch polizeilich aufgelös't; 9 „Rädelsführer,“ fleißige, brave Männer, meist Ausländer, schickte man mit Zwangspässen in ihre Heimath. Der Schlag galt augenscheinlich mehr Hecker, als den Handwerkern; er fühlte sich tief verletzt, daß er gleichsam als die Ursache jener Ausweisung hingestellt wurde. Der liberalen Bourgeoisie war der feurige Demokrat schon lange ein Dorn im Auge. Schon lange hatten die Gemäßigten (Mathy seit Kurzem) gejammert, daß Heckers entschiedenes Auftreten gegen Zittel und andere Schwätzer die Eintracht der Opposition störe; jetzt hielten sie es „eines Deputirten für unwürdig,“ sich der braven Handwerker anzunehmen, wie Hecker es gethan. Kurz, Hecker, an allen Ecken gereizt und verletzt, legte seine Stelle als Abgeordneter nieder. Ich kann diesen Schritt nicht billigen, obschon ich ihn erklärlich finde und keineswegs befürchte, daß Hecker in öffentlichen Angelegenheiten die Hände in den Schooß legen werde, wenn seine Stimme auch nicht mehr im Ständesaale erschallt. Die Sache hat das Gute, daß sie den Bruch zwischen den Halben und Ganzen, zwischen den liberalen Bourgeois und den wirklichen Demokraten vollendet hat. Die Heidelberger Radikalen, Bürger und Handwerker, sprechen in ihrer Adresse an den „Bürger“ Hecker, in welcher sie übrigens seinen Austritt tadeln und auf seine Annahme bei etwaiger Wiedererwählung rechnen, offen von einer Geldaristokratie, die neben der Feudalaristokratie zu bekämpfen sei. Diese Adresse, der noch andere folgen werden, scheint auf Hecker's gereizte Stimmung einen wohlthuenden Einfluß geübt zu haben. „Staatsräthe sind hoffentlich keine darunter,“ sagte er; und auf die krausen Unterschriften der Handwerker deutend, setzte er hinzu: „die Hände hab' ich alle lieber.“ Wir hoffen, daß er körperlich gekräftigt von seiner Reise zurückkehren und einen neuen Ruf in die Kammer nicht ablehnen werde.

In Süddeutschland wurde neulich ein revolutionaires Flugblatt stark verbreitet, Verhaltungsmaaßregeln beim Ausbruch einer Revolution enthaltend. Es war unterzeichnet von einem „rheinischen Komité zur Gründung der deutschen Republick,“ obwohl der Umstand, daß mehrere der Pakete das Postzeichen Dorpat trugen, seinen Ursprung etwas verdächtig machten. Die Regierungen ließen das Blatt in den gelesensten Zeitungen selbst abdrucken, als eine Warnung vor den Absichten der revolutionairen Partei — und das war unter den gegebenen Umständen allerdings das Klügste, was sie thun konnten, da die Verbreitung des Blattes doch nicht mehr aufzuhalten war. Man braucht die Sache nicht zu billigen, um das Benehmen des Obergerichtsadvokaten Kräuter in Heidelberg lächerlich zu finden. Dieser Herr fühlte sich nämlich in seinem loyalen Liberalismus so

entrüstet durch das revolutionaire Flugblatt, daß er einen Aufruf erließ, um männiglich aufzufordern, den Urhebern und Verbreitern dieses der „guten Sache“ schadenden Pamphletes nachzuspüren und demnächst in einer Versammlung zu berathen, was für Schritte zur Rechtfertigung des Liberalismus bei den Behörden zu thun seien. Diese Geschichte ist die schönste Illustration zu dem bekannten Satze von Heine: „Wenn 12 Deutsche zusammen stehen, so bilden sie ein Dutzend, und wenn sie dann Einer angreift, so rufen sie die Polizei zu Hülfe.“ —

Schweiz. Der Versuch der konservativen Partei zu Bern, das Volk wegen der Berufung Zeller's aufzuregen zu einem ähnlichen Glaubenssturm, wie er bei der Berufung Strauß' einst in Zürich losbrach, und dadurch die radikale Regierung zu stürzen, ist, wie es scheint, vollständig gescheitert. Der große Rath ging nach heftigen Debatten über die Petitionen gegen Zeller's Berufung unter lautem Beifall der Tribünen zur Glaubensordnung über. — In Lausanne kam es wegen eines Sieges der Konservativen bei einer Großrathswahl zu einer allgemeinen Rauferei. Die Konservativen, übermüthig durch ihren Sieg, drohten die Radikalen von dem konservativen Klubb Esperance aus anzugreifen. Diese machten aber kurzen Prozeß; Eytel und le peuple travailleur rückten vor die Esperance, diese wurde geschlossen und es fanden sich wirklich eine ganze Masse Mistgabeln und andere Glaubenswaffen. — In Zürich wurde Jemand verurtheilt, weil er einen andern einen Jesuiten geschimpft hatte, worunter man „Menschen mit schlechtweg verwerflichen Grundsätzen“ verstände, wie das Gericht definirt. Das Komische bei der Sache ist, daß der Kläger, der sich durch die Benennung Jesuit so beleidigt fühlte, ein eifriger Konservativer von Bluntschli's Partei ist, die stets mit den Jesuiten gehalten hat. —

Holland. Der Redakteur des „Arnheimischen Kourier,“ Hr. Thieme, war wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt, weil er die Thronrede angegriffen hatte. Durch diese Verurtheilung war aber die Verantwortlichkeit der Minister in Frage gestellt; denn sie hört auf, wenn man bei offiziellen Actenstücken beliebig die Person des Königs vorschieben kann. Es hat deßhalb allgemeine Freude erregt, daß Hr. Thieme in II. Instanz völlig freigesprochen ist. —

Belgien. Der Antrag des demokratischen Deputirten Castiau, das Wahlgesetz zu reformiren, indem man die Wähler durch Herabsetzung des Census auf 20 fl. für Luxemburg, und auf 30 fl. für die übrigen Landestheile vermehrte, damit auch die jungen, nicht auf die Unveränderlichkeit der Gesellschaft von vorn herein basirten Ideen Vertreter fänden, wurde von der Kammer verworfen. Hr. Dumortier erklärte es geradezu für gefährlich, das Wahlrecht auf die Talente auszudehnen; freilich möchte dadurch der Sitz manches sehr ehrenwerthen Deputirten gefährdet werden. Dagegen ist der Vorschlag, die Kammer um einige Deputirte zu vermehren, angenommen. Das Gute hat die belgische Konstitution wenigstens, daß Jeder ohne Rücksicht auf seinen Besitz wählbar ist, während zum Wähler ein gewisser Census erfordert wird. — Ebenso hat die Kammer ein neues spezielles Gesetz über die Beleidigungen des Königs und seiner Familie (was versteht man darunter?) mit geringen Modifikationen ange-

nommen, welches Tendenzprozessen Thür und Thor öffnet und bei den allgemeinen Bestimmungen des Strafcodex auch ganz überflüssig war. — Bei der Wahl zweier Stadträthe in Brüssel hat die radikale Fraktion der Opposition, die „Alliance," über die „liberale Assoziation" (Rogier, Lebeau, Brouckère) gesiegt. Auch in dem eben zusammengetretenen liberalen Kongresse scheinen die Demokraten die Oberhand zu gewinnen. —

Die Noth hat auch in Belgien an manchen Orten, namentlich in Brügge, Tumulte hervorgerufen, welche indessen nach der Beschaffung billigeren Brodes durch Gemeindezuschüsse bald beschwichtigt wurden. In der letzten Zeit sind die Preise etwas gewichen. Die Regierung hat die Tonnengelder für Schiffe mit Lebensmitteln aufgehoben und bis zum 1. Sept. das Kartoffelbrennen verboten. — Durchziehende Auswanderer, welche den Behörden wohl öfters durch ihre Mittellosigkeit zur Last gefallen sind, müssen künftig an der Gränze für jede Person über 15 Jahr 53 Rthr., für jüngere 40 Rthlr. nachweisen. — Bei Namur hat ein Graf Lindekerke seine beiden Schwestern wegen Götzendienerei laut dem 4ten Buch Moses erschossen; der Mann verlangte im Kerker alsbald eine Bibel. Die Fälle von religiösem Wahnsinn scheinen sich in der neuesten Zeit wieder zu vermehren. —

Frankreich. Der Löwe des Tages ist noch immer der Ankauf von 50 Millionen Fr. Staatsrenten durch den Kaiser Nikolaus. Er wollte dadurch, wie er sagt, die Geldverlegenheit Frankreichs, die in Folge der durch die Mißernte bedingten bedeutenden Korneinkäufe zu Odessa sehr gesteigert wäre, vermindern. Indessen wird diese philantropische Grundlage des Geschäftes nicht viel Glauben finden. Es mag sein, daß der Kaiser, da die Papiere grade niedrig stehen, eine gute Finanzspekulation macht; das ist aber nicht das Motiv, wenngleich die „Debats" und andere französische und englische Blätter sich die Miene geben, als glaubten sie daran und fänden weiter Nichts an der Sache; dieses Geschäft sei zugleich der Beweis, daß der Kaiser jetzt an die feste Begründung der Julidynastie glaube. Der „National" hat aber ganz Recht mit seiner Befürchtung, daß aus diesem Rentenkauf einmal eine bedeutende Verlegenheit für Frankreich erwachsen könnte, indem der russische Kaiser Herr der französischen Börse sei, wenn er diese 50 Millionen plötzlich auf den Markt würfe. Das wäre der eine Grund. Außerdem aber hat Rußland vielleicht befürchtet, nach der begonnenen konstitutionellen Entwickelung in Preußen könnte Frankreich Lust bekommen, sich näher mit Deutschland zu verbinden. Durch den Rentenankauf, wodurch er der französischen Bourgeoisie, der man immer vorgespiegelt hatte, der Kaiser hasse Frankreich fanatisch, zu gleicher Zeit imponirte und gefällig war, hat sich Nikolaus den Weg zu einem Bündniß mit Frankreich gebahnt, welches die „Presse" schon lange predigt und welches Louis Philipp im Geheimen ersehnt. Das Geschäft ist finanziell und politisch ein Meisterstück, wie denn die russische Diplomatie überhaubt die bestbediente ist. Die englische Bourgeoisie verbirgt ihren Verdruß über die Frankreich geleistete finanzielle Hülfe, über das vielleicht bevorstehende russisch-französische Bündniß nur mühsam unter affektirter Gleichgültigkeit. —

Das Ministerium ist in Gefahr, die geschlossene Majorität, die es

bisher hatte, zu verlieren. Eine Fraktion derselben, die s. g. progressiven Konservativen, 42 an der Zahl, unter der Leitung des Hrn. v. Castellana und des einflußreichen Redakteurs der „Presse," Hrn. v. Girardin, haben Neigung, künftig mit der Opposition zu stimmen, wenn das Ministerium nicht auf ihre Forderungen (ein wenig Wahlreform, Postreform, Aufhebung der Salzsteuer u. dergl.) eingeht. Dazu ist wenig Aussicht nach der fast einer Parodie gleichenden Erläuterung, welche Herr Guizot über die in einer Wahlrede zu Lisieux von ihm versprochenen Reformen gab. Die progressiven Konservativen haben sich schon für die Ernennung Hebert's zum Justizminister, welche Stelle sie für einen der Ihrigen verlangten, gerächt, indem sie die Wahl des Oppositionsmitgliedes Leon de Malleville zum Vicepräsidenten der Kammer durch ihre Stimmen durchsetzten. Das „Journal des Debats" war außer sich vor Zorn. Gleich darauf kam der Antrag Duvergier's de Hauronne über die Wahlreform zur Berathung; er wollte die Wahlqualifikationen vermindert haben, die s. g. Kapazitäten (Advokaten, Aerzte,) sollten an sich wählbar sein; in Bezirken, die weniger als 400 Wähler hätten, sollten dieselben vermehrt und noch 79 weitere Deputirte erwählt werden. Das Ministerium setzte sich diesem Antrage entschieden entgegen und machte eine Kabinetsfrage daraus. Hr. Duchatel erklärte: „Wenn die Kammer das bisherige Wahlsystem für fehlerhaft erkläre, so höre ihre Autorität auf, da sie nach demselben gewählt sei; sie müsse dann aufgelös't werden." Das wirkte; Duvergier's Antrag wurde verworfen, weil eine Majorität gegen Guizot noch zu unsicher war. Aber Emil v. Girardin und mehrere andere stimmten mit der Opposition für den Antrag, und bei einer „flottirenden Majorität," wie sie jetzt sich gebildet hat, kann ein so gewandter und kühner Gegner, wie Girardin, Hrn. Guizot doch leicht einmal zu Falle bringen. — Die durch Girardin beantragte Abschaffung des Zeitungsstempels wird die Kammer in Berathung ziehen. —

Die sich an allen Ecken des Landes wiederholenden Lebensmittel-Tumulte, die bedenkliche Stimmung der Proletarier in Faubourg St. Antoine und der Banlieue von Paris, wo man durch Maueranschläge gleiche Vertheilung verlangte, scheinen die Besorgnisse der Bourgeoisie in hohem Grade erregt zu haben. Es mußte ein Exempel statuirt, es mußte der Tumult aus Noth als gemeines Verbrechen spezificirt werden. Daher die furchtbar strengen Urtheile der Jury. In Buzancais wurden 3 zum Tode, 4 zu lebenslänglicher Zwangsarbeit und Ausstellung und viele Andere zu kürzeren Gefängnißstrafen verurtheilt. Wir werden sehen, ob der Schrecken im Stande ist, die Stimme des Hungers zum Schweigen zu bringen. Bis Ende April, meinen die Débats, sei ein Steigen der Preise zu erwarten wegen der zugefrorenen Flüsse und Kanäle in Nordamerika und Südrußland. Pflicht der Regierung sei es nun, jedem Erwerb zu verschaffen; dazu seien 8 Millionen angewiesen und mit den Zuschüssen, welche jede Gemeinde zu den etwaigen öffentlichen Bauten zu leisten hätte, würde etwa ein Kapital von 32 Mill. verwandt werden können. Uebrigens wären die Vorräthe so geschmolzen, daß die freie Einfuhr von Lebensmitteln noch auf ein Jahr ausgedehnt werden müsse. —

Das Tribunal zu Tours hat die früher in d. Bl. erwähnte kommunisti-

sche Verschwörung, in welche der von Barbès Aufstand her bekannte politische Gefangene Blanqui verwickelt sein sollte, nicht finden können und hat keinen Grund zur Verfolgung gesehen. Der Generalprokurator legte aber Opposition ein und hofft scharfsichtigere Richter zu finden, die auch das sehen können, was nicht ist. — In Toulouse erscheint ein neues kommunistisches Journal, Voix du peuple, dessen Redakteure Handwerker sind. — Von Paris sind mehrere fremde Handwerker, die kommunistischer Umtriebe beschuldigt waren, mit Gensdarmen an die Gränze transportirt und den Behörden ihrer Heimath übergeben. Noch mehr fanden Haussuchungen und wißbegierige Besuche bei Handwerkern und deutschen Schriftstellern statt. Dr. Carl Grün hat trotz der Verwendungen einflußreicher Personen (Lamartine, Cousin) Frankreich verlassen müssen, wie es heißt auf Requisition einer deutschen Macht.

England. Die Agitation der Arbeiter hat ihre Früchte getragen; die Zehnstundenbill ist angenommen mit den früher bereits erwähnten Modifikationen. Frauen und junge Männer unter 18 Jahr werden demnach vom 1. Mai 1847 — 48 noch 11 Stunden, und von da ab nur 10 Stunden zu arbeiten haben. Hören wir aber, wie wohl diese Philantropie kalkulirt ist, wie einsichtig Lord Russell die besorgte Bourgeoisie tröstet. „Die Arbeitszeit Erwachsener, sagt er, werde auch nicht indirekt durch diese Bill beschränkt, die Fabrikanten könnten trotz der Bill die Konkurrenz so gut aushalten, wie früher, wo Korn und Baumwolle noch besteuert waren: — folglich könnte man jetzt allenfalls die moralischen, sozialen und religiösen Interessen wahrnehmen und beweisen, daß das Haus Alles, was es könne, für die arbeitenden Klassen thun wolle.“ Es ist zwar schön, wenn man die Ursachen einer Handlung kennt; diese wird aber die Arbeiter schwerlich veranlassen, vom Kampfe um die Ausdehnung ihrer Rechte abzulassen. Auf einem Arbeiter Meeting in Manchester wurde kürzlich folgende Petition abgefaßt, welche Duncombe dem Parlamente vorlegen soll: „Da die Maschinen unbegränzt ausgedehnt werden können, so müssen die Arbeiter verarmen; die Regierung soll also der überschüssigen Bevölkerung Land anweisen, wo sie ihren Unterhalt ziehen kann.“ Wir sahen schon früher, daß die „Times“ für Irland einer ähnlichen Maaßregel nicht abgeneigt waren. — Die Noth in Irland besteht noch immer in derselben furchtbaren Höhe; alle Maaßregeln haben sich bis jetzt, wenn nicht als unwirksam, doch als ungenügend erwiesen. Mit O'Connell, der zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach dem Süden gereis't ist, wird der abstrakte Enthusiasmus für den bloßen Repeal zu Grabe gehen. Die Versöhnungshalle steht leer und der Einfluß Jung-Irlands, welches sich mehr mit der Regulirung der sozialen Verhältnisse beschäftigt, steigt. Aber trotz der erbittertsten Ausfälle gegen die irischen Gutsbesitzer, welche von ihren durch die Pächter errungenen Reichthümern weiter schwelgen und die Abhülfe der Noth von sich abwälzen, ist Smith O'Brien's Antrag auf eine Besteuerung der im Auslande lebenden Lords zu Gunsten der nothleidenden Bevölkerung vom Parlamente verworfen. Mittlerweile treffen in Liverpool täglich 16 — 1700 Arme aus Irland ein und man denkt an Maaßregeln, diesen Strom zu hemmen, weil auch in England trotz der Aufhebung der Korngesetze bei der gegenwärtigen Geldkrisis Handel und Industrie

gewaltig flau gehen. Unter andern hat auch der bekannte Sekundant Cöbden's bei der Freihandelsagitation kürzlich seine Fabriken auf 6 Wochen still gestellt. — An das Haus ist ferner der Antrag gestellt, die Strafe der Deportation abzuschaffen und sie in einsame Haft in den neu nach dem Muster von Pentonville zu erbauenden Gefängnissen zu verwandeln. Diese soll aber nur 18 Monate dauern; dann soll der Verurtheilte bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt werden, wofür man ihm den Lohn aufbewahren will, und endlich nach Ablauf der Strafzeit aus dem Lande verbannt werden. Die Weiber will man aber auch forthin nach Vandiemensland schicken, allwo großer Mangel daran herrscht. Was man mit den jugendlichen Verbrechern anfangen will, darüber ist noch Nichts bestimmt. —

Spanien und Portugal. Wir können uns über diese widerwärtigen Hofintriguen kurz fassen. Die unschuldige Isabella lebt mit dem ihr aufgedrungenen Gemahl in offener Feindschaft; es schien einmal sogar möglich, daß die Moderado's einen Staatsstreich wagten, um eine Regentschaft an ihrer Stelle einzusetzen, worauf Louis Philipp wohl im Sillen hofft. Isabella neigt sich nämlich den Progressisten zu, weil der General Serrano, der in ganz besonderer Gunst bei ihr steht, ein Progressist ist. Es ist ihr jetzt gelungen, das moderirte Kabinet Sotomayor zu modifiziren und man betrachtet diese Modifikation als einen Uebergang zu einem progressistischen Kabinet. Das unglückliche Land wird bei diesen Intriguen natürlich ruinirt. Das Volk darbt, aber Banquiers und andere Leute verdienen viel Geld dabei. Spanien ist das Polen von England und Frankreich. Polen ist verloren und Spanien wird es bald sein. — In Portugal scheint die Sache der Königin sehr schlecht zu stehen, und wenn England nicht einschreitet, so wird die siegreiche Junta wohl bald eine Regentschaft proklamiren. Das wäre das wohlverdiente Ende der grundlosen kabralistischen Contrerevolution. —

Italien. Das lange erwartete Censurgesetz des Papstes hat den Erwartungen, die man nach seinem sonstigen Auftreten davon hegen zu dürfen glaubte, nicht entsprochen. Namentlich werden die Censurweitläufigkeiten und die enorme Stempeltaxe den kaum begonnenen Aufschwung der römischen Journalistik sehr gefährden. Die Redakteure der angesehensten Blätter von Rom haben deßhalb sofort Protest dagegen erhoben und viele wollen ihre Journale gar nicht erscheinen lassen, bis diese Uebelstände gehoben sind. Man vermuthet, daß Oesterreichs Einfluß bei Erlaß dieses Censurgesetzes sehr vorherrschend gewesen ist. Es hieß zwar Anfangs, der Pabst habe dem österreichischen Gesandten, der seine Päſſe forderte, dieselben mit den Worten ertheilen lassen: Man irre sich in Wien, wenn man ihn glaube einschüchtern zu können. Indessen hat sich das nicht bestätigt und der Gesandte ist ruhig in Rom geblieben.

Oesterreich. Die Kommission der böhmischen Stände hat entdeckt, daß die böhmische Verfassung in Bezug auf die Beschränkung der absoluten Gewalt des Kaisers ebenso frei sei, wie die ungarische, daß sie noch vollständig zu Recht bestehe, weil alle, auch der jetzige Kaiser sie beschworen hätten. Sie halten den Fall für geeignet zu einer Beschwerde beim deutschen Bundestag. Dieser Bericht sollte im April der ständischen Versammlung vorgelegt werden, weßhalb die Regierung, die Wind davon bekommen

hätte, dieselbe ganz hintertreiben wolle. Wenn das keine Zeitungsnote ist, so ist es doch sicher, daß eine etwaige Beschwerde denselben Erfolg haben wird, wie die übrigen.

In Gallizien steigt die Noth furchtbar; die Zeitungen erzählten einige abschreckende Beispiele. Brandstiftungen verheeren das Land, theils durch die Noth, theils durch die Gährung unter den Bauern hervorgerufen. Diese sind mit den ihnen gemachten Konzessionen natürlich nicht zufrieden, während sie dem Adel schon viel zu bedeutend erscheinen. Ein Graf Jablonowski hat höchsten Orts eine energische Vorstellung nicht sowohl gegen die Robotablösung, die übrigens ohne Hülfe des Staates unmöglich sei, als gegen die Beschränkung der Spanndienste eingereicht, wodurch manchen Gutsbesitzern ein Ausfall von 100,000 fl. erwüchse. An eine Beruhigung des Landes, an eine Besänftigung des Hasses zwischen Bauern und Adel scheint demnach noch nicht zu denken; vielleicht ist noch eine zweite furchtbare Explosion zu erwarten.

Rußland. Im Gouvernement Mohilew gaben die Offiziere eines in eine andere Garnison abziehenden Regimentes Bürgern und Gutsbesitzern ein Festmahl, wo revolutionaire Toaste und feindliche Aeußerungen gegen die Person des Kaisers laut geworden sein sollen. Die Sache wurde denunzirt. Mehrere Offiziere wurden degradirt und auf den Gütern jener Gutsbesitzer wurden von revoltirenden Bauern den gallizischen ähnliche Szenen mit Mord und Plünderung aufgeführt unter dem Rufe: Es lebe der Kaiser!

Rheda, den 9. April 1847. L.

